

Die „Volkstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
an Tagen nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil
verantwortlich:
Karl Lanlau, Magdeburg.
Verlag von B. Garbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg.
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt I.

Volkstimme

Pränumerando zahlbarer
Abonnementspreis:
Bierteljährlich inkl. Bringerlohn
2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mk., monatlich 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.
inkl. Bestellgeld.
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Zeile.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter
Ferdinand Lassalle.

Nr. 34.

Magdeburg, Sonnabend, den 9. Februar 1895.

6. Jahrgang.

Zum Kapitel der Soldatenmißhandlungen.

Schon unmittelbar nach der durch den Vorwärts erfolgten Veröffentlichung des bekannten Erlasses des Prinzen Georg von Sachsen wurde in der Presse erwähnt, daß auch der deutsche Kaiser, König von Preußen sich zu einer Ordre ähnlichen Inhalts veranlaßt gesehen habe. Die Ordre selbst ward seinerzeit nicht mitgeteilt. Der Vorwärts ist heute in der Lage, das sehr interessante Schriftstück, welches den kranken Feindern der Soldatenmißhandlungen wohl endgültig den Mund stopfen wird, dem Wortlaut nach zu veröffentlichen. Es bedarf keines Kommentars und lautet:

I. Ordre.

Aus den Mir von den kommandierenden Generalen eingereichten Nachweisungen über die Bestrafungen wegen Mißhandlung Untergebener habe ich entnommen, wie die Fälle von Mißhandlungen in Meiner Armee in der letzten Zeit sich erheblich gesteigert haben. Mit Mißfällen habe ich auch von der vordringlichen Befehlshaber einig, zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht einberufenen Volksschullehrer Kenntnis erhalten, an der sogar mehrere Offiziere beteiligt waren und die zu einer öffentlichen Besprechung den Anlaß gegeben hat. Ich verurteile diese Ausschreitungen, welche das Interesse des Dienstes und das Ansehen der Armee schädigen, auf das Schärfste und will solche Zuwiderhandlungen gegen die gegebenen Befehle auf das Schärfste bestraft wissen. Ich erwarte, daß durch sorgfältige Belehrung und Erinnerung, sowie durch scharfe Ueberwachung derartigen Ausschreitungen vorgebeugt und denselben, falls sie dennoch stattfinden, durch energisches und unanachsichtliches Eingreifen entgegengetreten wird. Namentlich ist Mir aber aufgefallen, daß in mehrfachen Untersuchungen sich herausgestellt hat, wie von einzelnen Vorgesetzten durch lange Zeit fortgesetzte Mißhandlungen und gewohnheitsmäßige Quälereien ausgeübt worden sind, welche zum Teil schwere Nachteile für die Gesundheit der Betroffenen herbeigeführt haben. Diese Erscheinung weist darauf hin, daß es bei der Wahl des Ausbildungspersonals für die Rekruten an der durch die Ordre vom 1. Februar 1843 zur besonderen Pflicht gemachten Sorgfalt sowie an der erforderlichen Ueberwachung seitens der Vorgesetzten gefehlt hat. Ich mache in dieser Richtung zunächst die Kompanie-, Eskadron- und Batterie-Chefs verantwortlich, weil es ihnen bei ihrer Vertrauensstellung, ihrem unmittelbaren Einwirkungsbereich und den ihnen zu Gebote stehenden reichen Erziehungs- und Strafmitteln und gewissenhafter Mitwirkung ihrer Offiziere nicht schwer werden kann, die Offiziere in richtigem Geiste heranzubilden und die widerstrebenden und nicht ferner zu duldenen Elemente rechtzeitig zu erkennen. Nicht minder liegt aber auch den höheren Vorgesetzten die Pflicht ob, darüber mit Ernst zu wachen, daß Mein ausgesprochenes Wille genau zur Ausführung gelangt, und habe daher in Meiner weiteren Ordre vom heutigen Tage bestimmt, daß Mir in Zukunft von den kommandierenden Generalen bei Einreichung der durch die Ordre vom 1. Februar 1843 befohlenen Nachweisung berichtet wird, welchen Vorgesetzten in Fällen gewohnheitsmäßiger und systematischer Mißhandlung von Untergebenen die Verantwortung mangelhafter Beaufsichtigung trifft und was gegen denselben veranlaßt worden ist.

Diese Meine Ordre ist mit jener vom 1. Februar 1843 in der dort vorgeschriebenen Weise bekannt zu geben.

Berlin, den 6. Februar 1890.

gez. Wilhelm.

An den Kriegsmminister.

Noble Gesellschaft.

Wie die Fraktionsantifemiten den Ausschluß Ahlwardts aus der Fraktion begründen, wissen unsere Leser aus den parlamentarischen Notizen. Wie die neuen Dioskuren Ahlwardt und Bödel darüber denken, geht aus dem nachstehenden Bericht über die am Dienstag abgehaltene, zahlreich besuchte Versammlung hervor, die der „teutsche“ Gastwirt Bödel einberufen hatte und worüber wir kurz berichteten. Zunächst führte Ahlwardt etwa folgendes aus: Es ist mir der Vorwurf gemacht worden, daß ich Sozialdemokrat geworden sei. Nichts ist thörichter als das. Ich will, Juden allerdings ausgenommen, niemandem ein Kapital nehmen, ich will nur, daß das Kapital kein Borrecht vor der Arbeit habe. Wenn wir die soziale Revolution verheißt... und die Sozialdemokratie mit Erfolg kämpfen wollen, dann dürfen wir das deutsche Volk nicht durch Umsturzgesetze knebeln, sondern es müssen umfangreiche soziale Reformen geschehen.

Allein während ich im Jahre 1892 in Wien weilte, um eine internationale Antifemiten-Verbindung zu schaffen, während ich deshalb gleichzeitig mit Antifemiten in Paris, Odessa, Amerika usw. in Verbindung stand, verstanden es die Herren Liebermann v. Sonnenberg und Zimmermann in einer Vertrauensmänner-versammlung, die allerdings von niemandem gewähnt war, den Beschluß durchzusetzen, daß ich nicht zur antifemistischen Partei gehöre.

Als ich aus dem Gefängnis kam, bin ich trotzdem der Fraktion beigetreten, obwohl ich zu derselben im vollen Gegensatz stand. Ich konnte den Beschluß der Fraktion, die Umsturzvorlage an eine Kommission zu verweisen, nur im höchsten Grade mißbilligen, denn ich habe die Ueberzeugung: wenn dies Gesetz zu Stande kommt, dann sind wir alleamt Knechte und Sklaven. Als v. Liebermann in der Kommission sogar Verschärfungen vorschlug und äußerte, daß ein neues Sozialistengesetz wirksamer sein würde, als das alte, da beantragte ich, eine Fraktionsitzung zu berufen. Diesem meinen Airage wurde nicht stattgegeben.

Inzwischen habe ich mit größtem Erfolge in Bayern agitiert. Ich habe allerdings dort den freiheitlichen Standpunkt vertreten. Als ich nun aus Bayern zurückkam, wurde mir von der Fraktion entgegengehalten, daß ich die Mitglieder derselben „konservative Bauernfänger und Waschlappen“ genannt habe. Ich erklärte dies für unwahr. v. Liebermann verlangte, daß ich dies schriftlich erkläre. Ich war dazu bereit, nur wollte ich dieser Erklärung noch etwas hinzufügen. Dies war die Veranlassung, mich aus der Fraktion auszuschließen.

Ich will nun im Verein mit Dr. Bödel eine echte antifemistische Volkspartei gründen. Wir wollen alle produktiven Stände zusammenfassen, und mag man uns auch noch so viel verdächtigen, wir werden doch siegen. (Stürmischer Beifall und Hochrufe auf Ahlwardt.)

Abgeordneter Dr. Bödel: Dr. Henrici erzählte mir: Eines Tages saß er in einer Antifemitenversammlung an einem Vorsitzenden. Da stellte sich ein Herr Sonnenberg vor mit der Bitte: seinen Namen nicht so laut zu nennen, da er sonst Unannehmlichkeiten haben könnte. Als die Versammlung gut verlaufen war, sagte dieser Herr Sonnenberg, dem der Vorsitz übertragen war, daß er der Premierlieutenant a. D. Liebermann v. Sonnenberg sei. Dieser selbst schloß sich sehr bald der konservativen Partei an und ließ sich auch von dieser im ersten Berliner Wahlkreis als Kandidat aufstellen. Als er im Jahre 1885 mit seiner „Neuen deutschen Volks-Zeitung“ in Berlin keine Geschäfte mehr machen konnte, erklärte er, nach Paraguay gehen zu wollen. Er hielt an verschiedenen Orten Deutschlands Abschiedsversammlungen ab und ließ sich in Leipzig von weißgekleideten Jungfrauen Blumensträußchen zum Abschied überreichen. Seine Abreise hat er jedoch bis heute unterlassen.

Inzwischen schloß die Antifemitenbewegung, nur in Hessen begann es sich zu regen. Im Jahre 1887 gelang es mir, ein Reichstagsmandat zu erlangen. Ich war mithin der erste antifemistische Reichstagsabgeordnete. Ich hatte allerdings einen sehr schweren Stand. Ich blieb vorläufig allein im Reichstage. Nach großer Mühe gelang es mir, Herrn Zimmermann in den Reichstag zu bringen. Daß er jetzt, nachdem er oben ist, die Leiter wegschößt, will ich ihm nicht weiter übel nehmen. Ich will nur bemerken, daß, als es im Jahre 1893 in Hofgeismar zur Stichwahl kam, Liebermann von Sonnenberg sagte: den Wahlkreis habe er von dem antifemistischen Führer des Kreises für 300 Mark für die Deutsch-Sozialen reklamiert. (Rufe: Psui!) Der Mann, der sich für 300 Mark dazu verstand, den Wahlkreis zu verschachern, befand sich allerdings in einer Notlage. Ist denn nicht aber Jemand, der eine Notlage in dieser Weise ausbeutet, schlimmer als Treuherr? Ist das nicht der ärgste Wucherer? Und ein solcher Mann steht an der Spitze der antifemistischen Partei! Tagtäglich blamiert dieser Mann die antifemistische Partei vor der ganzen Welt durch sein Verhalten in der Reichstags-Kommission.

Ich will bloß noch mitteilen, daß, als ich infolge meiner Agitation meine Stellung und mein gesamtes Vermögen verloren hatte, ich überall vergeblich Hilfe suchte. Meine antifemistischen Freunde geben mir lediglich den Rat, Konkurs anzumelden. (Rufe: Psui!) Schließlich wurde ich in meiner Abwesenheit auf einer antifemistischen Vertrauensmänner-Versammlung in Kassel der Unterschlagung von Geldern beschuldigt. Ich that sofort die erforderlichen Schritte zu meiner Rechtfertigung und verlangte die Einsetzung eines Ehrengerichts. Diesem Ver-

langen ist jedoch bis heute noch nicht entsprochen worden. Ist das nicht schuftig gehandelt? Juden würden an ihren Stammesgenossen zweifellos anders handeln. Sie werden es mir nachfühlen, daß es mir schwer wurde, mich trotzdem der Fraktion anzuschließen. Ich freue mich, daß ich jetzt hinausgedrängt bin, ich werde stets kämpfen für des Volkes Freiheit und des Volkes Wohl. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall und Hochrufe auf Bödel.)

Hierauf wurde mit allen gegen fünf Stimmen eine Resolution angenommen, in der der Ausschluß Ahlwardts aus der Fraktion gemißbilligt wird, und die Versammlung erklärt, für die von Ahlwardt und Bödel vertretenen freiheitlichen Grundsätze kämpfen zu wollen. Die Versammlung endete gegen 1 1/4 Uhr nachts. —

Fürwahr, man bekommt ein reizendes Bild deutscher Sitte und Tugend, wenn man hört, was die Leute, die einander doch kennen müssen, voneinander zu erzählen wissen. Bald bekämpfen sie sich, bald vertragen sie sich wieder, obwohl jeder dem anderen Teil eben noch Handlungen nachsagte, die er als „schuftig“ bezeichnet. Die Ahlwardt und die Liebermann, die Bödel und die Zimmermann, sie sind einander vollkommen würdig. Und alle diese Personen sind einer nach dem anderen in Magdeburg bejubelt worden. Merkt Ihr etwas — Ihr Freigeleiteten? —

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Der Sozialdemokratie sind neue Waffen in die Hände geliefert. Nach der Rede des preussischen Handelsministers muß man sich anscheinend auf ein völliges Stocken in der Sozialpolitik gefaßt machen; denn die vom Handelsminister geäußerte Besorgnis, es könne jede weitere politische Maßregel von der Sozialdemokratie für Parteizwecke gemißbraucht werden, ist in ihrer Allgemeinheit so geartet, daß sie schließlich jedes positive Vorgehen hindern kann. Das ist also die „Schreite“ der Umsturzvorlage. Wahrlich, rascher und gründlicher hätten die Illusionen, die man etwa noch gehabt hat in Bezug auf eine schleunige und energische praktische Sozialpolitik, nicht zerstört werden können! Zudem wir dies aussprechen, bedauern wir (nämlich die Volkszeitung) aufs lebhafteste, daß damit unser Willen von neuem der Sozialdemokratie eine Waffe gegen die bürgerliche Gesellschaft in die Hand gedrückt worden ist. — Wir sagen schon oft: Unsere Feinde arbeiten für uns. Und dabei bleibt es. —

Das allgemeine Wahlrecht eine widersinnig Einrichtung. Der jegige Umsturz bestehender Gesetz geht der Leipziger Zeitung noch nicht weit genug. Das amtliche Blatt will das Eisen schmieden, so lange es warm ist und fordert die Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, das es eine widersinnige Einrichtung und ein blindes Gesetz nennt. — Bei aller Sucht zur Vernichtung des bestehenden Rechtes ist das Blatt natürlich gut konservativ. —

Es muß etwas geschehen. Die Magdeburgische Zeitung will mit dem „Unfug“ ausgeräumt wissen, der sich am Dienstag im Reichstag ereignete. Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sollen dadurch, daß sie sich aus dem Sitzungssaal entfernten, zur Beschlußunfähigkeit beigetragen haben. Das sei eine Konstruktion der frivolsten Art. Unfug! Das ist das einzige Mittel, welches Minoritätsparteien in der Hand haben, um sich gegen Vergewaltigungen der übrigen Parteien zu schützen. Und von diesem Mittel werden die Minoritätsparteien (nicht nur die Sozialdemokraten) Gebrauch machen, so oft sie es angebracht erachten. Wie am Dienstag die Minorität vergewaltigt werden sollte, das ist durch den famosen Antrag des Herrn v. Frege, den wir besprochen haben, festgestellt worden. Diese Vergewaltigung wird jetzt in der Kreuzzeitung geleugnet, mit dem Bemerkten, daß weder Herr v. Frege noch seinen Mit Antragstellern eine Verabredung bekannt war, daß die Abgg. Richter und Bebel nur unter der Voraussetzung später zu Worte zu kommen zu Gunsten des Abg. v. Buchta auf das Wort als Antragsteller verzichtet hätten. — Präsident v. Bebekow kann diese Verabredung bekunden, ebenso der konservative Schriftführer v. Holleffer. Unfers Wissens war auch Herr v. Frege persönlich auf dem Präsidium anwesend, als diese Verabredung getroffen wurde. Alles leugnen hilft nichts. Sie haben der Minorität den Mund verschließen wollen und damit Punktum! —

Das freie Wort im Reichstage soll unterdrückt werden. Einer Berliner Zeitung erscheint es ganz folgerichtig, daß in einer Zeit, in der man die freie Meinungsäußerung unter der Firma des „Kampfes gegen den Umsturz“ maßlos zu beschränken sucht, daß Anstrengungen gemacht werden, daß freie Wort auch

von seiner letzten Stätte auszuschließen, von der Tribüne der Volksvertretung. Was nützt auch aller Kampf gegen die Presse, gegen die Vereine, gegen die Literatur, die Bühnen, wenn der Volksvertreter alles, was er auf dem Herzen hat, im Parlament sagen und den Bericht im ganzen Lande verbreiten darf? Die Einschränkung der Redefreiheit der Abgeordneten hätte eigentlich im Umsturzgesetze stehen müssen. Na, vielleicht ist es den Vertretern der geeinten Antisemitenfraktion vorbehalten, in der Umsturzkommission einen hierauf bezugnehmenden Antrag zu stellen.

Gegen das Centrum nimmt die Volksbewegung, namentlich im Süden und Westen, zu. Eine Versammlung der Centrumswähler in Elberfeld-Barmen nahm nach der Kölnischen Volkszeitung auf den Vortrag eines Kaufmanns Grimm aus Frankfurt a. M. einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute auf dem Johannisberg zu Elberfeld tagende katholischen Versammlung verurteilt aufs entschiedenste die freizeitswidrige Umsturzvorlage der Regierung und fordert die Centrumsfraktion des Reichstages auf, diese in der Fassung der Regierung abzulehnen.“

Die klerikale Deutsche Reichszeitung erhält eine Menge von Zuschriften aus allen Himmelsrichtungen, von Geistlichen und Laien, die mehr oder minder erregt und drastisch das Centrum davor warnen, sein eigenes Grab zu graben. Ueber das, was nach der Umsturzvorlage kommt, heißt es in einem Bericht:

„Für die Umsturzvorlage mit Hilfe des Centrum geborgen, kann werden noch ganz andere Forderungen in Steuer-, Militär- und Marinefragen nachkommen. Die Pläne für Bergförderung der Marine werden allein eine Milliarde verschlingen. Kann das Centrum auch da mitgehen? Wir halten es für nicht möglich. Dann wird es aber in der Opposition gedrängt, in welcher es vielleicht zu allermeist die Folgen der Paragraphen der Umsturzvorlage zu tragen haben wird.“

Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob das Centrum mit seiner sonderbaren Haltung in der Umsturzfrage an den Scheideweg gelangen sollte. Die Haltung des Centrum hat bekanntlich unser Genosse Fischer trefflich gekennzeichnet. Und der aalglatte Lieber windet sich ob der erhaltenen Fuchthiebe.

Die Polizei kann den Schuldigen nicht ausfindig machen. Die politische Polizei, so schreibt der gemeinschaftliche Berliner Korrespondent der Münchener Allgemeinen Zeitung, des Hannov. Couriers und der Schlesischen Zeitung, hat seit der letzten frühzeitigen Mitteilung des Vorwärts über die vom Kaiser an seinem Geburtsstage beabsichtigten Erlasse Tag und Nacht nach dem Urheber geforscht, doch sei es ihr bisher noch nicht möglich gewesen, den Schuldigen ausfindig zu machen. Es hätten sich intime Beziehungen zwischen dem sozialistischen Lager und politischer und gesellschaftlicher Stellen — bis hoch hinauf — geknüpft, die damit durchaus nicht etwa abgebrochen oder aus der Welt geschafft worden sind, daß die verbündeten Regierungen im Reichstage eine Umsturzvorlage einbrachten.

Arbeiter, „freundlichkeit“. Gegen die Freizügigkeit beginnt jetzt auch die Post in arbeiterfeindlichem Sinne zu polemisieren. Nach dem Vorgang der Junker verlangt sie, daß von den Neuanziehenden ein Einzugsgeld erhoben werden darf und daß der Zugang nur gestattet wird, wenn die Betreffenden wirklich eine auskömmliche Wohnung haben. — Unter dem heuchlerischen Schein einer Fürsorge für das Wohl der Arbeiter ist es nur darauf abgesehen, denjenigen Arbeitern den Wegzug von den Gütern zu erschweren, welche glauben, in den Städten und industriellen Bezirken ein besseres Einkommen zu erlangen.

Der Fall **Stumm-Wagner** hat endlich einen friedlichen Abjluß gefunden, Professor Adolf Wagner und

Frhr. v. Stumm haben sich, wie der „Rhein-Kur.“ berichtet, ausgeglichen, ohne daß die „Schießseifen“ — wie der Arizonafischer so hübsch zu sagen pflegt — in Thätigkeit getreten sind.

Ein „geheimer“ Erlaß.

Aus dem **Stephansreich** geht dem Vorwärts folgender Regierungserlaß zu:

Der Staatssekretär des Reichspostamtes.

Nr. 65.

Berlin W., 8. Dezember 1894.

An die Kaiserl. Ober-Postdirektoren.

Zum 1. April 1895 ist die Ausdehnung des Dienstaltersstufen-Systems auf alle etatsmäßig angestellten Beamten und Unterbeamten der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung in Aussicht genommen.

Um die Ungleichheiten, die sich bei Regelung der Gehälter nach dem neuen System für die Uebergangszeit ergeben werden, thunlichst zu beschränken, ist es erforderlich, bereits in dem laufenden Etatsjahr bei Ausschüttung der Besoldungsmittel auf die einzelnen Beamten und Unterbeamten vom 1. April ab zu gewährenden Gehaltsätze angemessene Rücksicht zu nehmen.

Bezüglich der Beamten wird das Erforderliche vom Reichspostamt wahrgenommen werden. Bezüglich der Unterbeamten werden die Kaiserl. Oberpostdirektionen veranlaßt, vom 1. Januar 1895 ab bis auf weiteres Gehaltszulagen nicht mehr zu bewilligen.

Wegen Verwendung der einstweilen zurückgehaltenen Mittel wird später, voraussichtlich anfangs April 1895, Verfügung ergehen.

Ueber die bei den Besoldungsmitteln für Unterbeamte jetzt bereits verfügbaren oder bis Ende Dezember noch frei werdenden Gehaltssteile können die Kaiserlichen Oberpostdirektionen in bisheriger Weise uneingeschränkt Bestimmung treffen.

Auch ein Zeichen der Zeit! In der amtlichen N.-Ztg. lesen wir: Bei einem Neubau im hessischen Landeshospital Hofheim wurde u. a. auch die Schlosserarbeit im Submissionswege vergeben und dafür fünf Angebote gemacht, die zwischen 40000 Mk. und 16000 Mk. variierten. Die Arbeit, zu welcher nach den äußersten Preisnotierungen für ca. 28000 Mk. Eilen nötig ist, und die einen Zeitaufwand von 2 Jahren erfordert, wurde dem Wenigstnehmenden für 16000 Mk. zugeschlagen! Und da wundert man sich, daß solche Unternehmern erbärmliche Hungerlöhne bezahlen und dabei noch bankrott werden!

Aus dem **Antisemitenlager** will auch der Professor Förster treten und zu der Firma Ahlwardt und Böckel übergehen. Bestätigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

* Eine **Massenkündigung** ist auf der Zeche Helene bei Witten vorgenommen worden. Am Dienstag wurde durch Anschlag bekannt gegeben, daß 236 Mann die Kündigung erhalten haben. 150 Mann sollen in 14 Tagen gekündigt werden. Die Zeche verkauft; schon seit einigen Wochen brechen die Wasser ein, sodaß der Betrieb eingestellt werden muß.

* Die **Wurden in Brooklyn** greifen um sich. Die Menge griff die Trambahn-Wagen an und mißhandelte die neuen Angestellten, die sich von Tag zu Tag mehren. Verwundet wurden dreißig Personen. Der Ausgang des Streikes ist unentschieden. Die Kapitalproben wollen mit den Ausständigen nicht unterhandeln.

— **Vom Herrn Reserveleutnant Strube, Sohn des Herrn Fabrikbesizers Strube in Buchau.** 3700 scharfe Militärpatronen sind in einem Hause an der St. Barlinge in Hannover gefunden worden! Ein dortiger Handwerker war gegen Abend des betreffenden Tages im Kellergehoß jenes Hauses damit beschäftigt, an einem der Kellerfenster Ausbesserungen vorzunehmen. Da die Fenster aber ziemlich hoch vom Erdboden belegen waren, so sah er sich nach einem Gegenstande um, auf den er sich stellen konnte, weil ihm die Arbeit dann besser zur Hand war. Sein Blick fiel auf eine in der Nähe stehende Kiste. Als er diese aber aufheben wollte, fand er zu seinem Erstaunen, daß seine und eines anderen anwesenden Mannes Kräfte kaum ausreichten, um die Kiste zu heben. Neugierig gemacht, den schweren Inhalt kennen zu lernen, griff er in die von Strub umgebene offene Kiste hinein und fand nun, daß sie scharfe Militärpatronen enthielt. Von dem unheimlichen Funde wenig erbaut, besetzte er sich, der Polizei davon Kenntnis zu geben. Nicht lange dauerte es und ein Polizeikommissar war zur Stelle. Die Kiste mit dem gefährlichen Inhalt wurde nach dem Polizeibureau an der Baumstraße gebracht, dort ward der Inhalt gezählt und nun stellte sich heraus, daß 3700 Stück scharfe Patronen in der Kiste enthalten waren! Wer hat diese Kiste in den Keller jenes Hauses gebracht, wenn gebührt die eigen? Vielleicht einem Anarchisten, der sich für den in den Köpfen unserer Ordnungspolitiker pulsenden Straßentampon vorbereiten wollte? O nein, sie war das Eigentum jenes Herrn Strube, Leutnants der Reserve, der sich wenige Stunden zuvor von Hannover entfernt hatte. In der Wohnung des genannten Herrn fanden sich auch noch fünf Gewehre, aufsehend Militärgewehre, vor. Auf der Kiste war der Name „Spanan“ zu lesen, und auf den einzelnen Patronenpateten die Nummer des Regimentes und der Kompanie, für welche sie angefertigt waren. Wie ist der Herr Reserveleutnant Strube in den Besitz einer so großen Anzahl Militärpatronen gekommen? Unseres Wissens sind derartige Patronen doch nicht veräußert. Ueber diesen selben Herrn Strube werden wir in den nächsten Tagen eine kleine Geschichte veröffentlichen, welche so recht die Auffassung der Debnungspolizei über den Begriff „Sittlichkeit“ kennzeichnet. Es ist ein recht interessantes Geschichtchen.

— **Von der Elbe.** Die Eisstromverwaltung teilt der Magdeburger Zeitung mit, daß der Eisstand der Elbe stromauf bis über die Havelmündung vorgeschritten ist. Nachdem am 6. Februar gegen Mittag das Eis unterhalb der Havelmündung zum Stehen gekommen war, schloß sich der Eisstand weiter fort und erreichte in der Nacht vom 6. zum 7. Februar um 3 Uhr Dom. Mühlenthor, um 9 Uhr Sandau, wobei sich der Wasserstand um etwa 1 Meter hob. Die Eisbrechdampfer müssen bei dem herrschenden starken Froste von 15 Gr. C. sich auf die Offenhaltung der Flußstreden bei Harburg beschränken. Am 6. Februar wurde der Kohlbrand, die Suderelbe und die ungeteilte Elbe bis D. Rathen hinauf offen erhalten, und demnach geriet auch das neue Eis, welches bis Gesehacht hinauf sich wieder gebildet hatte, ins Treiben, aber bei dem starken Frostwetter besteht die Befürchtung, daß bei der nächsten Flut sich das dichtgedrängte Eis abermals zu einer festen Decke verbinden wird.

— **Eine Dividende von 6 Prozent** zahlt die Magdeburger Straßen-Eisenbahngesellschaft ihren Aktionären. Wann wird die Gesellschaft daran denken, geheizte Wagen fahren zu lassen? Dividenden-schluden gefüllt wohl den Herren, aber dem Publikum, welches diese Dividende aufbringt, in angelegelter Weise entgegenzukommen, scheint ihnen nicht zu gefallen.

— **Verhaftet.** Der am 1. ds. Mis. nach Unterschlagung von 3900 Mark von Hamburg stüchtig geworden und telegraphisch verfolgte Kommis Arthur St. ist von der hiesigen Kriminalpolizei hier festgenommen worden. Von dem Betrage fehlt bereits eine ganz erhebliche Summe. Aber deren Verbleib St. zweifelhaft Angaben macht.

— **Uebervollen** und gemißhandelt wurde Sonntag Abend in der kleinen Klosterstraße der Dreher August B. von unbekanntem Personen. Er erlitt eine arge Kopfwunde und befindet sich jetzt im Krankenhause.

— **Eine Schulterquetschung** zog sich der Arbeiter Friedrich W. durch einen Sturz auf dem Wallonerberg zu. Er mußte ins Krankenhause transportiert werden.

— **Streut Ache!** Im Schwibbogen rüschte der Barbierherr W. aus und brach sich das rechte Bein. Er fand im städtischen Krankenhause Aufnahme.

— **Zur Thätigkeit der Feuerwehr.** Am Mittwoch Abend gegen 11 1/2 Uhr brannte es in dem im Parterre des Grundstücks Coquiststraße 18 — Budau — befindlichen Cigarren-Geschaft. Das Feuer hatte, unter dem Ladenaußig beginnend, bereits die übrige Ladeneinrichtung ergriffen, als die Feuerwehr eintraf, die in kurzer Zeit weitere Gefahr beseitigte. — Am Donnerstag vorm. gegen 9 Uhr rüschte auf telephonische Mitteilung ein Kommando der Feuerwehr in der Stärke von 4 Mann nach dem Grundstück Eddischehofstraße 26. Da selbst hatte etwas Flugruß im Schornstein gebrannt. — Am Donnerstag

Fenilleton.

571

Im Kampf ums Recht.

Roman aus der Zeit vor hundert Jahren.
Von Emanuel Werner.

„Gnädige Fürstin,“ sagte der alte Schmied, „Sie sind edel und gut und haben ein Herz für die Armen! Weinen Sie nur, es erleichtert die Seele — ich weiß es: ich habe auch geweint, als mein Sohn mit durchschossener Brust in meinen Armen starb! — Aber, Frau Fürstin, damals habe ich auch einen heiligen Schwur gethan, daß er nicht vergeblich gestorben sein soll! Und glauben Sie mir, eben so ein feindliches Geschoß wie die Kugel aus der Büchse des königlichen Gardisten, der meinen Sohn traf, hat auch Ihre Nichte, die Prinzessin getödet. Das ist der Kampf der alten Zeit gegen die neue, die jetzt andrängt! — Stehen Sie jetzt auf, gnädigste Fürstin, und helfen Sie uns dieses Unrecht rühnen, dann werden Wolfgang und Eliza ebenso nicht vergeblich gestorben sein, als mein Sohn.“

Die Fürstin war viel zu sehr erschüttert, als daß sie viel von den Reden des Alten vernommen hätte, nur das Wort „gestorben“ schlug deutlich an ihr Ohr und erweckte einen neuen kampfhaften Ausbruch ihres Schmerzes.

„Nein, Du darfst nicht tot sein, Eliza!“ rief sie wehlagend und warf sich von neuem über die geliebte Verwandte, hob ihr Haupt empor und küßte sie innig, als hätte sie denselben ihren eigenen Atem einhauchen zu neuen Leben.

Die Nonnen und Fräulein wurden ungeduldig. „Das können wir nicht erlauben, das ist Einweisung!“ riefen mehrere Stimmen. „Sie führen die Nichte der Toten! Entfernen Sie sich oder wir müssen Sie mit Gewalt fortbringen.“

„Mit Gewalt?“ rief Paul, in dem es vor Jähzorn wogte. „Sagt es doch, was zu nahe zu kommen!“

Dabei hob er seinen starken Arm drohend empor, und der alte Schmied sollte seine schwache harte Faust und beide Männer stellten sich schützend vor die Bedrohte; ja, auch Anna war bereit, mit der That zu beweisen, wie sehr sie die Fürstin liebt.

Sahen zogen sich die Wöndche zurück. Einer entfernte sich, Hilfe zu holen.

Die Fürstin aber streichelte das Antlitz Elisas, küßte sie immer wieder und plauderte mit ihr, als könne die Lote alles hören, was sie ihr Liebes sage.

Ein scharfer Windstoß fuhr jetzt durch den Dom, die Kerzen flatterten und qualmten noch mehr, durch ein hohes Glasfenster brach der erste Strahl der Morgensonne herein und fiel gerade auf das Antlitz Elisas.

„Sie ist nicht tot!“ rief die Fürstin, „sie kann nicht tot sein! Seht nur, wie rot die Wangen sind!“

Der alte Schmied schüttelte den Kopf.

„Das ist das Frührot der Morgensonne,“ meinte er. Die Fürstin hielt ihre Augen starr auf Eliza gerichtet, bestüger mochte ihre Brust und rang nach Atem; die Thränen hielt sie mit Gewalt zurück, sie wollte sehen, klar sehen, ob sie sich nicht täuschte oder ob wirklich das Schöne geschah.

Mit zitternder tastender Hand fühlte sie nach dem Herzen ihrer geliebten Nichte.

Auch Paul und Anna waren aufmerksam geworden, als sie den gespannten Gesichtsausdruck und das ganze Gebahren der Fürstin bemerkten.

Sie traten näher und alle blühten jetzt stumm und starr auf Eliza.

„Es ist nicht möglich! Es ist nur eine Täuschung!“

„Nein, nein, sie lebt, küßt Ihr nicht —?“

Beste flüsternd und zaghaft wurden diese Worte gewechselt; die Frauen warfen einen jähzornigen Blick hinüber zu den Nonnen, aber diese hatten sich um den Vorfall verschwiegen, knieten vor denselben nieder und beteten ihre Rosenkränze ab.

Dabei lehrten sie dem Katastroph den Rücken zu und verankerten in jene ceremonielle Andacht, die mehr nur von den Lippen als aus dem Herzen kommt.

„Es ist keine Täuschung,“ sprach die Fürstin, „Anna, bemerke Du es nicht?“

Sie hob Elisas Haupt und Oberkörper ein wenig empor.

Der Arm der Prinzessin, der bis jetzt steif und regungslos dagelegen hatte, glitt jetzt jählings herab.

„Sie lebt!“ rief jetzt auch Paul, „sie ist nicht tot!“

„Abermals preßte die Fürstin ihre geliebte Nichte an die Brust.“

„Eliza erwache!“ stieß sie mit heißem Atem hervor. „Ich bin bei Dir, geliebtes Kind! Erwache zu neuem Leben!“

Immer kräftiger drang das Sonnenlicht durch die hohen Fenster des Domes.

War es wirklich nur der Widerschein des Lichtes, der jetzt die Wangen der Prinzessin lebhafter gefärbt erscheinen ließ? War es wirklich nur eine Erschütterung, hervorgebracht durch die Fürstin selbst, so daß diese sich täuschte, wenn sie glaubte, Eliza habe sich bewegt?

Die Myrthenkrone auf dem Haupte der Prinzessin hatte sich aus dem Haar gelöst, lang wallend fiel dieses besterete herab auf die Schultern in goldenen Fluten.

Die Fürstin hatte das eng schließende Brautkleid, das man Eliza als einer Verlobten des Himmels angelegt hatte, geöffnet und preßte jetzt ihr Ohr auf deren Brust.

Jetzt machte sie ein lebhaftes Zeichen, daß alle still schweigen sollen, dann ließ sie plötzlich Eliza in die Arme zurückfallen, breitete beide Arme aus und mit lauter, greller Stimme rief sie aus:

„Sie lebt!“

Erschrocken wendeten sich die Nonnen um, unterbrachen ihre Gebete und stürzten von dem Altar dem Katastroph zu.

Unfähig sich zu rühren, stand die Fürstin da, ihre Blicke starr auf Eliza gerichtet.

„Ja, es war keine Täuschung; — Eliza hatte die Augen geöffnet.“

Ihr milder Blick irrte suchend umher.

Jetzt löste sich der Bann, der auf allen Umstehenden lag.

„Eliza, ich bin bei Dir!“ rief die Fürstin. „Mein Kind, Du lebst und nichts soll Dich mir wieder entreißen! Freunde helfet! Rettet sie mir!“

Ein schwerer Seufzer entrang sich der Brust Elisas. „Wo bin ich?“ flüsterte sie kaum hörbar.

„Bei Deiner Tante, liebes Kind!“

Ein Blick aus den Augen Elisas belehrte die Umstehenden, daß diese ihre Verwandte erkannt hatte.

„Kommt, helft mir sie fortbringen!“

(Fortsetzung folgt.)

mittag gegen 12 Uhr wurde ein Kommando der Feuerweh... um den Keller genannten Grundstücks, der infolge eines Wasserrohr-

Leopoldshall. (Brand.) Am Dienstag Morgen ist unser Schuppenhaus von den Flammen vollständig zerstört worden. — Trotha. (Selbstmordversuch) Aus Furcht vor einer Strafe hat der 64jährige Arbeiter Dietner von dort am Montag Abend Hand an sich gelegt, indem er sich mit einem Dreimeßer tiefe Wunden am Galle und am Arme beibrachte. Da der Verwundete zeitig genug aufgefunden wurde, so ist Aussicht auf seine Wiederherstellung vorhanden. — Eitenburg. (Rasenteufel) Vor nicht langer Zeit wurde hier eine Kasette mit 2000 Mk. gestohlen. Niemand wußte, wer der Dieb war. Jetzt hat sich herausgestellt, daß derselbe ein Reisender ist, der gelegentlich eines Besuchs niemanden im Zimmer antraf und die Kasette mitgehen ließ. —

Militaria.

Augsburg. (Geschäftsschädigung durch die Militärbehörde.) Der hiesigen Gastwirts-Innung ist amtlich bestätigt worden, daß sämtliche Wirte, welche die Volkszeitung und den Wahren Jakob auslegen Militärverbot erhalten. Wären die Wirte einig, ständen sie diesen Maßregelungen geschlossen gegenüber, trotzdem sie den Befehlen der Militärverwaltung, es stände ganz anders mit dem Gastwirtsstande. So aber blüht Euch, ruft hurrah, begeistert und überschlagt Euch — das ist so des Deutschen Brauch. —

Liegnitz. (Erschossen.) Am Sonnabend erschoss sich, nach dem hiesigen Tageblatt, ein im zweiten Jahre dienender Soldat der 7. Kompanie des hiesigen Grenadier-Regiments. Das Motiv zum Selbstmorde soll unbekannt sein? —

Liegnitz. (Feuer in der Kaserne.) Am 5. d. M. früh wurde das Dachgeschloß der Kaserne des Grenadier-Regimentes „König Wilhelm I.“ (2. Westpreussisches Nr. 7) durch eine Feuersbrunst zerstört. Die Feuerweh und die Mannschaften des Regiments waren dem Feuer gegenüber machtlos. Der Schaden ist bedeutend. —

München. (Die Scharlachepidemie beim Militär ist immer noch im Zunehmen.) In den letzten 8 Tagen hat das Infanterie-Regiment 23 neue Fälle. Im ganzen sind in diesem Regiment 123 Mann erkrankt. 9 liegen sehr ernst darnieder. Das 1. Infanterie-Regiment hat 9, das Kadettencorps 5 Scharlachfranke. —

Bremen. (Der Untergang der „Elbe“.) Nach der jetzt festgestellten offiziellen Liste der Passagiere und Mannschaft haben sich an Bord der „Elbe“ während des Zusammenstoßes 354 Personen befunden, von denen nur 20 gerettet sind. Die Zahl der Passagiere erster und zweiter Klasse betrug 50, diejenige des Zwischendecks 149.

Breslau. (Wieder entlassen.) Der Fleischergehilfe Paul Wagner, welcher hier als mutmaßlicher Mörder der Elsa Groß verhaftet worden war, mußte wieder entlassen werden, da der Verdacht sich nicht bestätigte. —

Königsborn bei Dortmund. (Zur Warnung.) Der neunzehnjährige Sohn eines Bergmanns spielte mit einem Revolver, ohne zu wissen, daß derselbe geladen war. Plötzlich ging der Schuß los, und die Kugel drang der Schwester in die Brust. Das Geschloß hat noch nicht entfernt werden können, die Verletzungen sind lebensgefährlich. —

Leipzig. (Die Mische durch Feuer bestatteter Personen.) Die Frage, ob die Mische durch Feuer bestatteter Personen auf den Leipziger Friedhöfen beigesetzt werden darf, ist vor einiger Zeit (wie wir dem Leipziger Tageblatt entnehmen) vom Landes-Konfistorium in einem besonderen Falle verneinend beantwortet worden. — Zimmer gemütlich! —

München. (Ein Geretteter der „Elbe“ gestorben.) Nach hierher gelangten Nachrichten ist der bei dem Untergang der „Elbe“ gerettete Eugen Schlegel aus Fürtth infolge der ausgehaltenen Strapazen gestorben. —

Rosen. (In die Verlenkung gestürzt) Bei der Aufführung des „Propheten“ im hiesigen Stadttheater gab plötzlich eine Verlenkung auf einer Seite nach und die auf der Bühne befindlichen Personen, Fräulein Ranken, Herr van der Würzen und einige Chordamen stürzten hinab und erlitten sämtlich Verletzungen. Zum Glück sind die Verletzungen nicht ernster Natur. —

Wanne. (Verbrannt.) Auf furchtbare Weise ist die Frau eines Gasarbeiters hier ums Leben gekommen. Sie stürzte in Krämpfen auf die glühende Platte des Kochherdes. Da sie nicht im Stande war, sich aufzurichten, verbrannte sie so, daß der Tod unmittelbar eintrat. —

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 7. Februar 1895.

Aus dem Reichstage. Und Herr v. Stumm sprach — anfangs äußerst ruhig, er hatte sich vorgenommen, leidenschaftslos zu reden, konnte aber aus seiner Haut nicht heraus, verfiel in den alten Fehler und redete, wie ihm der Schnabel gewachsen. Einen vierten Stand will der geehrte Herr nicht anerkennen, die Lage der Arbeiter habe sich von Jahr zu Jahr gebessert, das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern gestaltet sich immer friedlicher — völlig friedlich würde es sich gestalten, wenn jeder Einfluß von außen hintertrieben wird. Und daher begrüße er das Vorgehen der Regierung mit Freuden und an dem Zustandekommen der Umsturzvorlage will er redlich mitarbeiten. Aber nicht nur der Sozialdemokratie soll der Einfluß auf die Arbeiter unterbunden werden, das Gesetz müsse auch die sozialistischen Akademiker, die christlich-sozialen „Hezer“ (wörtlich) treffen. Pastor Naumann und Konsorten (wörtlich) seien viel gefährlicher als die sozialdemokratischen Hezer. Sie sind es, die mit den Sozialdemokraten die neue Weltanschauung zum Schaden der alten Weltanschauung unterstügen. Sehen doch

Christlich-Soziale und einige Geistliche soweit, Sozialdemokraten als „Brüder“ zu titulieren — ein unerhörtes Vergehen. Herr v. Stumm wünschte, daß die Arbeiter mit den Agitatoren nicht weiter in Berührung kommen, was sie schreiben, nicht lesen und was die Hezer reden, nicht hören — was auf das Verbot aller Versammlungen und auf die Unterdrückung der Presse hinausläuft. Herr v. Stumm ging aber noch weiter — er kündigte dem Herrn Rösicke die Freundschaft, weil dieser sich dem Herrn Singer gebeugt zum Schaden der deutschen Industrie. Mit einem solchen Manne wolle Herr v. Stumm fürder nie weiter diskutieren. Selbstverständlich blieb dieser Hieb nicht unbeachtet. Herr Rösicke sagte dem Freiherrn, daß er, wie so oft, wieder einmal etwas ausgesprochen, wovon er gar nichts verstehe. Wenn er von den rheinischen Industriellen gehohlet werden soll, so sei ihm und seinen Kollegen dies völlig gleichgültig. Das Urteil seiner Berufsgenossen sei ihm maßgebend. Und unter dem Beifall der gesamten Banker erklärte Herr Rösicke, daß niemand besser die Geschäfte der Sozialdemokratie betreibe als der Herr v. Stumm. Im übrigen wollen wir aus der Rede des Herrn Rösicke noch hervorheben, daß er entgegen dem Herrn Möller entschieden für den Ausbau der Sozialreform eintrete, da nur auf diese Weise den Sozialdemokraten der Boden abgegraben werden kann. Welche Illusionen: Die einen wollen uns das Wasser von den Mühlen nehmen durch Stöckung der Sozialreform, die anderen durch Ausbau derselben. Und wenn wir uns die Geschichte bei Tag ansehen, finden wir, daß die verhasste Sozialdemokratie lustig fortmarchiert — mit oder ohne „Hezer“. Das sehen die Herren nicht, auch die nicht, welche am grünen Tische sitzen. Sonst bot die heutige Sitzung wenig Interessantes. Ein Operngucker fiel heute nicht aus dem Zuschauerraum in den Sitzungsjaal, wie dies gestern der Fall war, worüber sich der Berliner Korrespondent der Magdeburgischen Zeitung sichtlich entrüstet hatte. Nachdem unser Genosse Möller die Interessen der Bergarbeiter gewahrt, wurde um 3/4 6 die Sitzung auf morgen vertagt. Die Wahlprüfungen konnten heute wiederum nicht erledigt werden. —

31. Sitzung vom 7. Februar.

Die Besprechung der Interpellation Dr. Hise - Dr. Lieber (Centr.) betr. die Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 im Sinne der Anerkennung der Berufsvereine und Errichtung von Arbeiterkammern wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Schneider (F. Sp.): Der Reichskanzler hat die Frage vollkommen offen gelassen, ob die Regierung geneigt ist, auf die verschiedenen Fragen, welche die Interpellation umfaßt, einzugehen. Es besteht augenblicklich bei der preussischen Regierung keine Neigung, auf sozialpolitischen Gebiete weiter fortzuschreiten, die ganze Bewegung scheint zur Stagnation verurteilt zu sein, bis die Sozialdemokratie, ich weiß nicht durch welche Maßregel, verschwunden sein wird. Wir sind der Meinung, daß wenn eine obligatorische Organisation des Handels, der Industrie und des Handwerks durchgeführt wird, dann auch eine eben solche Organisation der Arbeiter nicht hinausgehalten werden darf. Sonst würden sich die Arbeiter zurückgelehrt fühlen, weil ihnen nicht das gleiche Recht eingeräumt wird. Allerdings hat eine zwingende Organisation des Handels, der Industrie und des Handwerks für die Förderung dieser Erwerbszweige keine nennenswerte Bedeutung.

Biel besser als die Zwangsorganisation aber ist die Förderung der schon bestehenden freien Vereine durch ihre gesetzliche Anerkennung; diese Berufsvereine würden eine sehr geeignete Vertretung der Arbeiterschaft bilden. Wir haben einen entsprechenden Gesetzesentwurf eingebracht und hoffen, daß er die Wohlthat des Reichstages finden wird. Wenn man den Arbeitern auf wirtschaftlichem Gebiet zu Hilfe kommen will und ihnen den Beweis liefert, daß sie dieselben Rechte haben, wie die höheren Gesellschaftsklassen, so wird auch das Vertrauen der Arbeiter wieder erwachen. Leider hat die Regierung ihr Augenmerk jetzt auf ganz andere Dinge gerichtet, und gerade durch ihre Maßnahmen, besonders durch die Umsturzvorlage hat sie nichts weiter als die Wiederherstellung der in die Brüche gegangenen Einigkeit der Sozialdemokratie erreicht. Die arbeitenden Klassen haben daher gegen die Regierung ein ganz gewaltiges Mißtrauen. (Beifall links.)

Abg. Reitzig (N.): Die Thatsache läßt sich doch nicht aus der Welt schaffen, daß die deutsche Sozialdemokratie verstanden hat, die Fach- und Berufsvereine ganz unter ihr Fach zu bringen. Wir wollen Sozialreformen, aber die Interpellation des Centrums ist nur ein Ausfluß eines mir bedenklich erscheinenden Doktrinarismus. (Beifall rechts.)

Abg. Rösicke (W. Lib.): Die Berufsvereine würden von denselben Nutzen sein, wie die Gewerkschaften, die sich durchaus bewährt und Recht gesprochen haben in einer Weise, die in gemäßigten Kreisen als richtig empfunden wird. Sie haben sogar erfolgreich gewirkt nach beiden Seiten, auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wegen der wirtschaftlichen Uebermacht des Anternehmeriums bedarf es der vollständigen Koalitionsfreiheit der Arbeiter, und wenn diese sich immer auf gesetzlichem Wege geltend machen soll, so müssen anerkannte Organisationen vorhanden sein. Die Arbeiter brauchen diesen gesetzlichen Schutz nicht, weil sie wegen ihrer geringen Anzahl sich leicht vereinigen. Die Sozialdemokratie braucht ein solches Gesetz nicht, denn sie hat schon jetzt eine Organisation wie keine andere Partei. Gerade um den Arbeitern, die nicht Sozialdemokraten sind, die Möglichkeit zu geben, ihre Wünsche geltend zu machen, bedarf es gesetzlich anerkannter Berufsvereine.

Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich persönlich, indem ich bei dem besetzten Postamt mit den Sozialdemokraten einen Vergleich schloß, die Sozialdemokratie als Partei anerkannt hätte. Ich halte diese Frage für sehr mißig. Es ist ganz gleichgültig, ob ich und ein paar andere Arbeiter die Sozialdemokratie anerkennen oder nicht eine Partei, die 1 800 000 Stimmen hinter sich hat, ist in Deutschland bereits anerkannt. Wenn es gelänge, das Interesse der Arbeiter auf zentralistische Fragen zu konzentrieren, indem man sie gleichzeitig von den politischen Zwecken der Sozialdemokratie abwendig macht, so würde das von sehr großem Vorteil sein.

Abg. Möller hat die Arbeitsnachweise angegriffen. Gewiß ist es nicht unrichtig, daß die Arbeitsnachweise der Arbeiter mit politischen Gegenständen verquillt werden, aber ist es nicht ebenso unrichtig von den Unternehmern — was auch geschieht ist — die von ihnen geleiteten Arbeitsnachweise zu benutzen, um unliebame Arbeiter fernzuhalten? Ich bekämpfe den Vohlot, weil er die Aufhebung der Rassen zur Schädlung des Einzelnen bedeutet. Aber Strauß, so lange sie sich auf gesetzlichem Boden bewegen, sind ebenso gerechtfertigt wie irgendwelche gesetzliche Maßnahmen der Arbeitgeber zu ihrem Schutze. Die Strauß haben gezeigt, daß in der deutschen Arbeiterbevölkerung ein großer Optimismus herrscht. Möge es gelingen, diesen vortrefflichen Kern dem deutschen Vaterlande mehr als bisher nutzbar zu machen! Ich muß denjenigen entgegenstellen, die in rein wirtschaftlichen Kämpfen nach Polizeimaßregeln schreien.

Die Ansichten des Abg. Frhm. v. Stumm sind durchaus nicht allgemein in den Kreisen der Arbeitgeber. Frhm. v. Stumm ist gegen jede Organisation der Arbeiter. Willst du lassen sich solche Verhältnisse in Remdingen auf längere Zeit erhalten, aber nicht in den großen Städten. Ich möchte doch sehen, ob Herr v. Stumm, wenn er keine Fabel in Berlin hätte, sich rühmen könnte, daß er Sozialdemokraten nicht beschäftigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist wesentlich kein Beweis von großem Mut, wenn man glaubt, eine Besserung herbeizuführen, indem man bei jeder Gelegenheit nach Polizei- und Gesetzgebung ruft. (Ausrufung links.) Die Kuchigt auf ein Konzentrat mit dem Kalande wurde auch bei der früheren sozialpolitischen Gesetzgebung ins Feld geführt, und doch stimmt unsere Industrie auf dem Weltmarkt keine geringere Stellung ein als früher. Die Groß-

industrie als solche hat auch gar kein Recht, sich über die Gassen der Sozialreform zu beklagen. Die Interpellation sollte den Erfolg haben, daß eine Erklärung hervorgerufen wird, ob man gewaltsam die Sozialdemokratie unterdrücken oder auf dem Wege der sozialen Reform ein friedliches Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeiführen will. (Beifall.)

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Nichts könnte die Sozialdemokratie mehr fördern, als wenn man sagte, daß ein Fortschritt in der Sozialreform nicht zu erwarten ist. Nun lagen die Sozialdemokraten, daß wir unsern Umfall gegenüber der Umsturzvorlage durch diese Interpellation verdecken wollten. Wir haben allerdings zum Ausdruck bringen wollen, daß neben der Bekämpfung durch die Umsturzvorlage auch der positive Ausbau für uns maßgebend sein muß. Wir haben die entsprechenden Anträge ja schon in den früheren Jahren eingebracht. Im Namen meiner politischen Freunde kann ich die Erklärung abgeben, daß das Centrum in der Entscheidung von so außerordentlich tiefgreifender Bedeutung, wo es sich um die Weltendmachung der Grundzüge des Christentums und der Sitte, um die Sicherheit des Vaterlandes, um die tiefsten Grundlagen unserer öffentlichen und wirtschaftlichen Ordnung handelt, sich nicht von laichlichen, am allerwenigsten von parteilichlichen Gesichtspunkten leiten läßt, daß es sich darin nicht durch die Presse, weder durch die freisinnige, noch durch die sozialdemokratische, nicht einmal durch die Presse der eigenen Partei etwas aufmühtigen läßt. Es wird sich einzig und allein von seiner Ueberzeugung und von seinem Gewissen leiten lassen und seine Stimme nach diesen Rücksichten allein abgeben. (Beifall im Centrum.)

Handelminister Frhm. v. Berteles: Wenn der Abg. Lieber meint, der Reichskanzler habe eine programmatische Erklärung des Bundesrats abgegeben, so irrt er, es liegt nur eine Erklärung der preussischen Regierung vor, und diese Erklärung enthält zweierlei: erstens das Bekenntnis, daß der kaiserliche Erlaß noch nicht zur Durchführung gekommen ist, zweitens daß die Absicht vorliegt, ihn zur Durchführung zu bringen. (Beifall bei der Linken.)

Abg. Frhm. v. Stumm (Sp.): Gegenüber den vielen Klagen der Arbeiter muß zunächst hervorgehoben werden, daß ihr Wohlergehen, ihr Standard of life sich gegen früher sehr gebessert hat. Man kann vielmehr von einem Fortschritt des Mittelstandes und der Landwirtschaft sprechen, als von einer Noilage der Arbeiter. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man von einem besonderen Interesse des vierten Standes spricht, so ist das eine Fiktion. Es gibt keinen vierten Stand. Der Arbeitgeber soll den Arbeitern als Mensch zum Menschen gegenüberstehen, wie Bruder zum Bruder, Vater zum Sohn. Die große Masse der Arbeitgeber ist hierin ganz meiner Ansicht. Das persönliche Verhältnis sollte und kann alles ausgleichen. Ich bin dagegen, daß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich fremde Personen einbringen. Den besten Beweis liefert der Verkauf des Berliner Bierhopsotts. Hier haben die Arbeiter überhaupt nicht die Entscheidung gehabt, sondern, als die Sache gefährlich wurde, kam Herr Singer dazu und zwang Herrn Rösicke zur Kapitulaton. (Widerpruch links.) Mit einem Arbeitgeber, der in der Weise die Interessen seines Standes verletzt hat, diskutiere ich überhaupt nicht mehr. (Große Unruhe links und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Möller (Waldenburg (Soz.) erklärt, daß die Wohlfahts-einrichtungen ein Ausfluß der Spekulation und nicht der christlichen Liebe seien. Im Dortmund Bergwerksrevier gebe es gar keine Wohlfahtseinrichtungen. Nicht einmal den Geboten der Billigkeit werde genügt. Männer und Frauen müßten sich gemeinsam waschen.

Präsident v. Levezow (sehr erregt): Der Redner hat seine Ausführungen mit einem Satze geschlossen, um dessenwillen ich ihn zur Ordnung rufen muß. Er hat nämlich gesagt: Die kaiserlichen Erlasse sind für die Rüge. (Große Bewegung.)

Darauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung der Interpellation Hise; Wahlprüfungen.)

Im Abgeordnetenhaus war heute große Eisenbahndebatte. Der Eisenbahn-Minister von Thielen gab zunächst die wichtigsten zahlenmäßigen Mitteilungen aus dem Gebiet der Eisenbahnverwaltung, und die Grundstimmung seiner Rede war, daß die preussische Eisenbahn-Verwaltung vorzüglich funktioniere und großartige Ueberschüsse erziele. Einigen freisinnigen und nationalliberalen Rednern erschien die preussische Eisenbahn allerdings in weniger rosigter Beleuchtung. Insbesondere machte der freisinnige Abg. Brömel auf die unbedingte Notwendigkeit einer Tarifreform aufmerksam, worauf Herr v. Thielen mit dem Herzen vollständig für eine Reform sei, daß aber die Durchführung derselben bei der ungünstigen Finanzlage Preußens und der Notwendigkeit für den Staat, aus den Eisenbahnen Ueberschüsse zu erzielen, jetzt sehr gewagt wäre! Der konservative Abgeordnete v. Firm er erging sich dann noch ein wenig in sentimental Betrachtungen darüber, daß der Bau der Berliner Stadt- und Ringbahn das sozialdemokratische Gift auf die Vororte getragen habe, nicht bedenkend, daß dadurch auch die Vororte groß und reich geworden sind, und die Bahnverwaltung bedeutende Einnahmen aus der Berliner Stadtbahn zieht. Fortsetzung der Debatte ist Freitag vormittag. —

In der Umsturzkommission beantragt das Centrum zu dem Abschnitt des Strafgesetzbuches über den Zweikampf eine Reihe von Verschärfungen; u. a. soll statt Festungshaft durchweg Gefängnisstrafe eintreten. Im Falle einer erstmaligen Verurteilung wegen Körperverletzung im Zweikampfe soll auf 5jährige Unfähigkeit zur Bekleidung eines Staatsamtes, im Falle wiederholter Verurteilung auf dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung eines Staatsamtes erkannt werden. Zum Militärstrafgesetzbuch wird beantragt, auf Unfähigkeit zur Bekleidung eines Staatsamtes zu erkennen, wenn auf Dienstentlassung erkannt sei. —

Morgen erfolgen Wahlprüfungen. Zum dritten Male sind sie auf die Tagesordnung gesetzt worden. Sämtliche Fraktionsvorstände haben die fehlenden Abgeordneten telegraphisch nach Berlin berufen. Besonders die Nationalliberalen sind äußerst ruhig; sicut die Opposition, verliert diese Partei zwei Mandate. —

In der Budgetkommission fragte Genosse Singer an, wann endlich die angekündigte und allseitig gewünschte Novelle zum Alters- und Invaliditätsgesetz zu erwarten sei. Der Herr Staatssekretär erklärte, der Entwurf sei ausgearbeitet und dem Bundesrat unterbreitet. —

Die feindlichen Brüder trennen sich. Altvater und Bödel haben im Reichstage bereits ihre Plätze bei der Deutsch-Sozialen aufgegeben und solche in der Nähe des Abg. Sigl auf der äußersten Linken belegt. —

Wohlthätigkeits-Konzert. Das Komitee für die bei dem Untergang der „Elbe“ verunglückten Personen beabsichtige, in der Wandelhalle des Reichstags ein Konzert zu Gunsten der Familien der Verunglückten zu geben. Der Seniorentenent erklärte sich damit einverstanden. —

Neueste Nachrichten.

Berlin. Die wirtschaftliche Vereinigung verlangt von der Regierung die Einberufung einer internationalen Münzkonferenz behufs Wiederherstellung des Silbers als Münzmetall.
Honolulu. Die Königin von Hawaii hat abgedankt und die Republik anerkannt.
Montceau-les-Mines. Die genaue Zahl der durch die schlagenden Wetter Ungekommenen ist 28, von denen 21 geborgen sind, die Zahl der Verwundeten ist 8.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Gewerkschafts-Versammlung. Edmüllers Gewerkschaften werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Montag bei Müller, Tischlerstr. 22, eine Gewerkschafts-Versammlung behufs Wahl der Geschäftsführer stattfindet.
Der Verein „Gut Schall“ bezieht sein karnevalistisches Kränzchen im Saale des Herrn Müller, Tischlerstr. 22, am Sonntag den 10. d. Mts. Freunde und Gönner unserer guten Sache, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.
Metallarbeiter Wilhelmstadt. Die für Sonntag festgesetzte Versammlung im Restaurant „Schlachthof“ findet nicht statt. Die Mitglieder haben vielmehr in der am Sonntag nachmittags um 3 Uhr bei Großhans stattfindenden Versammlung sämtlicher Filialen zu erscheinen.
Femmerleben, Salble, Wackerhüfen. Freie Religionsgesellschaft. Sonntag den 10. d. Mts., 11 1/2 Uhr Wiederbeginn des Unterrichts.
Sonntag, den 9. Februar:
Verein deutscher Schuhmacher. (Zahlstelle Magdeburg-Neustadt). Mitgliederversammlung abends 8 1/2 Uhr in der „Gemütslichkeit“, Schindstraße 58.
Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. a. gewerblichen Arbeiter (Filiale Magdeburg). Versammlung abends 8 Uhr bei Selbte, Katharinenstr. 5.
Allgemeiner Arbeiterverein für Magdeburg und Umgegend. Zahlabend in Sudentburg: „Berbster Bierhalle“, Schönringstr. — Zahlabend

in Wilhelmstadt: „Zum Schlachthof“, Annastr. — Zahl- u. Schulabend in Neue Neustadt: Brunos Restaurant, Breitenweg. — Zahl- und Diskutterklub „Abend in Alte Neustadt: Frankes Lokal, Dittenbergstraße 13.
Gewerkschaften Magdeburger Bildhauer. Versammlung im Vereinslokal, Kl. Klosterstraße.
Vereinigung der Deutschen Schmiede (Filiale Magdeburg). Abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Großhans, Kl. Klosterstraße 15/16.
Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Sudentburg. Abends 8 Uhr Vereins-Versammlung in der „Berbster Bierhalle“.
Sonntag, den 10. Februar:
Arbeiter-Fachverein Vorleben und Umgegend. Jeden Sonntag nachm. von 3-5 Uhr Diskutterklub bei F. Peters, Schulstraße 12.
Deutscher Metallarbeiter-Verein (Filiale Sudentburg). Vorm. 11 Uhr Versammlung in der „Berbster Bierhalle“.
Deutscher Holzarbeiter-Verein. (Filiale Magdeburg). Mitglieder-Versammlung nachm. 3 1/2 Uhr im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke. Nachdem Kränzchen.

Briefkasten.
W. 61. Wenden Sie sich an Albert Bartels, Badlerer, Wenigerode a. S.
M. A. Würden Sie die Nr. 26 (vom 31. I.) aufmerksam gelesen haben, dann hätten Sie sich die Mühe erparen können, einen derartigen Brief hier einzulassen. Sie tragen an alledem ganz allein Schuld. Wir bitten Sie noch, künftighin ein wenig vorsichtiger zu sein. —
A. Sch. Sonntag nicht. Gruß.

Ecke Hauptwache.

Inventur-Ausverkauf

vom 22. Januar bis 15. Februar.

Während dieses Ausverkaufs offeriere sämtliche Artikel, um mit meinem großen Lager von nur realen Waren zu räumen, zu denkbar billigsten

Gelegenheitskaufpreisen.

- Leinen in Creas und Hausleinen, beste Qualitäten, 18-42 J.
Inletts in nur feinsten Sorten, Zeit 5-20 M.
Bettzeuge bunt farbt, schifartig, von 22 bis 40 J. weiße Bezüge von 6 M. an.
Sandtücher breit, in abgewast, Stück 15, 20, 30 und 50 J.
Tischtücher nur reinelelene, von 0 75-3.00 M. das Stück.
Bettfedern und Dauen 1/2 1-3 M.
Reste sowie zurückgesetzte Kleiderstoffe für die Hälfte des Wertes.
Bettdecken in weiß und farbig, von 1 50 M. an, bis zu den schwersten Sorten.
Besonders aufmerksam mache ich auf einen großen Posten schwerer, reeller tiefschwarzer Kaschmirs reine Wolle, in glatt und gemustert, die ich unter Preis eingekauft, Kleid von 7 M. 50 Pf. an.
Hochfeine Robe 12-13 Mk.

Hemdentuche und Towlas 16, 20, 25, 30 und 35 J. prachtvoll zu Leib- und Bettwäsche. Reste von Leinen- u. Hemdentuch für die Hälfte des Wertes.

C. Kriegsmann, Ecke Hauptwache.

Ecke Hauptwache.

Verein Gut Schall.

Unseren Mitgliedern, Freunden und Gönnern zur Nachricht, daß am Sonntag, den 10. d. Mts., unser Karnevalistisches Kränzchen 171 im Saale des Herrn Müller, Tischlerstr. 22, stattfindet. Freunde und Gönner unserer guten Sache, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.
Reichlichen Besuch erwartet
Das festkomitee.

Schweineschmalz, ff. Margarine Pfd. 60 Pf., feinste Margarine Pfd. 80 Pf., türk. Pflaumen 167 1/2 20 J, 10 1/2 1.75 M, Pflaumenmus 1/2 18 J, 10 Pf. 1.60 M, Preiselbeeren in Zucker 1/2 35 J, empfiehlt

Gustav Krüger Tauenzienstrasse No. 2. Heute Sonnabend Schlachtefest bei Gustav Roch Fieversdorfer 1a. Heute frische Würst. L. Kunert 172 Sudentburg, St. Michaelstr. 6. Eine Wohnung zum 1. April zu vermieten. Kleine Klosterstraße 15/16. 22 Kl. Wohnung gesucht Zerstörer 9 Hof II Wohnungen von 30 bis 37 Thlr. zu verm. Neubadenerstraße 27 G. Glemann 1 Wohn. z. 22 Thlr. Sundsbürgerstr. 8 Wohnungen zu 40-50 Thlr. zu vermieten. Markt, Alexanderstraße 18. Wohn. zu 56-48 Thlr. u. einz. Etage zu vermieten Neustadt, Charlottenstraße 22 Weg. bejond. Umf. f. d. Wohn. zu 47 Thlr. 1. Apr. a. um 6. Habel, Querstr. 8. 11 Fernerz. 1 u. 2 St. u. z. 1 Apr. bill. z. verm. Schönebeckstr. 17 u. 33. Herrn Klähn

geburt: Gertrud, T. des Tischlers Emil Schmedebier. Kurt, S. des Feldw. der 1. Abt. Lung Aug. Nieber. Wilhelm, S. des Arbeiters Hermann Herbst. Wilke, T. des Mal. Reg.-Baumeisters Maximilian Morin. Wally, T. des Bauh. Friedrich Wilke. Elfe, T. des Arb. August Müller. Theodor, S. des Schneiders Rob. Wötcher. Johannes, T. des Schneidemeisters Jakob Dume. Erna, T. des Arbeiters Friedrich Steffens.
Todesfälle: Marie geb. Thor, Ww. des Postboten Christ. Hautmann, 60 J. 9 M. 2 T. Walter, S. des Arbeiters Friedrich Schreiber, 4 T. Margarete, T. des Krankenwärters Heinrich Herrmann, 1 M. 20 T. Bertha, unehelich, 9 M. 25 T. Margarete geb. Schardt, Ehefrau d. Malers Eduard Schmengler, 41 J. 6 M. 28 T. Elise, unehelich, 2 J. 1 M. 23 T. Paul, S. des Sattlers Carl Wieje, 8 T. Georg, unehelich, 1 J. 11 M. 3 T. Hugo, S. des Eisenb.-Betr.-Arb. Rob. Koch, 1 T.
Sudentburg, den 7. Februar 1895.
Aufgebote: Arbeiter Hermann Paul Griebel mit der geschied. Marie Richard geb. Wieders hier.
Geburten: Franz, S. des Eisenbahn-Straßen-Führers Franz Curt. Helene, T. des Stenographen Johannes Hansen. Otto Wilhelm Gustav, unehelich. Agnes, T. des Composit. Gustav Sperling. Bertha, T. des Schlossers Gustav Albrecht.
Todesfälle: Marie, S. d. d. Straßen-Straßen-Karl Ritter, 3 M. 8 T. Dorothee geb. Hermann, Ww. des Dienstm. Martin Junod, 57 J. 25 T.
Totgeburt: Ein Sohn des Hilfs-Wärterst. Stanislaus Adamczyk.
Neustadt, den 7. Februar 1895.
Geburten: Lucie, T. des Maurers Herrn. Stollberg. Ella, T. des Kupfer-Schmiedemeisters Hermann Ködel. Elly, T. des Eisen-Stationen-Diäters Louis Holzgermann, S. des Schmieds Herrn. Steffen. Hermann, S. des Eisenb.-Betr. Gust. Lange. Franz, S. des Klempners Franz Müller.
Todesfälle: Elise, T. des Tapet- und Dekor. Albert Kiepp, 1 M. Friederike geb. Dietrich, Ehefrau des Arbeiters Carl Blehmann, 48 J. 1 M. 12 T.
Neustadt, 7. Februar 1895.
Aufgebote: Tischlermeister Wilhelm Briz mit Elisabeth Quast. Schlosser Heinrich Klein mit Friederike Kille in Wühlwinkel.
Geburten: Frieda, T. des Arbeiters Willy. Scheppe. Helene, T. des Tischlers Heinrich Fener. Marg. S. des Klempners And. Heip. Else, T. des Schlossers Gustav Bachhaus. Annette, T. des Bierbrauers Carl Hirsch. Hildegard, T. des Malers Richard Lank. Carl, S. des Eisenbahn-Rangierers Herrn Lanz. Frieda, T. des Arb. Emil Oede.
Todesfälle: Willy, S. des Arbeiters Gustav Hilberg, 1 J. 7 M. 28 T.
Totgeburt: Ein S. des Klempners Herrn. Wendenberg.

Homöopathie! Visser, homöopath. Prakt. Magdeburg, Jakobsstrasse 3 (früher lange Jahre bei dem berühmten homöopath. Arzte Dr. Volbeding, Ruffendorfer).

Dankagung. Für die aus Anlaß des so plötzlichen Todes meines lieben, guten Mannes von nach und fern mir in so reichem Maße erwiesene Teilnahme und die überaus zahlreichen Kränzchen, sowie für den ehrenvollen Nachruf und das große Gefolge seiner ivenen Mitarbeiter und Genossen sage ich allen auf diesem Wege aufrichtigen, herzlichen Dank. Magdeburg, 7. Februar 1895. Witwe Luise Hillendahl.

Gefellungen auf die „Volkstimme“ von Max Herrmann, Leipzig. Hochverraat. Auftrag von 1872, Volk-Beitrag sowie sämtliche in der Buchausgabe der „Volkstimme“ erschienenen Schriften mir jederzeit gern entgegen. August Kassner Kl. Klosterstraße 15/16, 3 Treppen

Spielplan des Stadttheaters. Sonnabend: „Wilhelm Tell“, Schauspiel. Sonntag: „Robert der Teufel“.

Volkstische. Sonnabend: Reissuppe mit Nudeln. Dienstag eine Sellage.

Schube u. Stiefel

in großer Auswahl für Herren, Damen und Kinder. Nur solide Ware. Billigste Preise.

H. Reichardt, Breitenweg 120, gegenüber der Anferstr.

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung

der zur 44. Wahlperiode gehörigen Filialen: Magdeburg, Sudentburg, Neustadt, Wilhelmstadt, Budau, Burg und Schönebeck. Sonntag, den 10. Febr., nachm. 3 Uhr, bei Großhans, Kl. Klosterstrasse. Tages-Ordnung: 1. Aufstellung eines Kandidaten und 2. Vorschlag und Vorbereitungen zur 2. ordentlichen General-Versammlung in Magdeburg. Jährliches Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. Das Wahlkomitee der 44. Wahlperiode: A. H. Götter.

Öffentl. Müller-Versammlung für Magdeburg und Umgegend

Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr in Großhans Gasthaus, Kl. Klosterstr. 15/16. Tages-Ordnung: 1. Warum organisieren wir uns? (Referat: Kollege Schilf aus Halle a. S.) 2. Beschluß. Es ist Pflicht aller in der Mülerei beschäftigten Arbeiter, in Anbetracht ihrer kolossalen Arbeitszeit hier zu erscheinen.

Öffentliche Versammlung der Tabak-Arbeiter und -Arbeiterinnen

am Sonntag, den 10. d. M., nachmittags 3 Uhr im Lokale des Herrn Prautsch, Fahlberg 9. Tages-Ordnung: Die geplante Tabaksteuer und ihre verderblichen Folgen. (Referat: Kollege Max Diesel-Beck) Der Einberufer.

Cigaretten! Cigaretten! Carl Beckers

Tabak- und Cigaretten Geschäft Magd.-Sudentburg, Breitenweg 50 gegenüber der Post u. Gr. Wapend. Als gut schmeckend und weiß feuernd empfiehlt 100 Stück zu 2 50, 3 00, 3 50, 4 00, 4 50, 5 00, 5 50, 6 00 M. bis zu den feinsten Marken. — Nach auswärts verfrachte von 500 Stück ab franco.

Wohn. Brunnhölzer, Steinböhlen u. Brunnhölzer empfiehlt u. liefert billigst auch nach Magdeburg u. b. Bezugsstellen A. Krietsch Nachf., Welterbäuser a. d. Elbe, Fehrbühler 8

Zur Anfertigung von Grabsteinen aller Art empfiehlt sich H. Bächner, Neustadt, Hofstraße 12. 1155

Gute Kanarienvogel u. Weibchen zu verkaufen. Neustadt, Fahlbergstr. 5 I. 1

Zu Oben jede eine Lehrling. G. Lindemann, Klempnermeister, Budau, Freickstraße 15. 41

Der Circus wird durch Dampfheizung geheizt

Circus in Magdeburg. Texas Jack's American Prairie Life Show.

Täglich abends 8 Uhr Große Vorstellung. Billets v. 10-6 Uhr im Opern-Saal bei Herrn C. Jacobs. Tages-Billets an der Kasse. Heute Sonnabend, 9. Februar, nachm. 4 Uhr Extra-Vorstellung

inviert für die Schüler Magdeburgs Eintrittspreis 20 Pf. alle Tage. Sonntag, 10. Febr. 2 Vorstellungen nachm. 4 u. abends 8 Uhr. Aufgebote zu beiden Vorstellungen

Witwe Luise Hillendahl.

Gefellungen auf die „Volkstimme“

von Max Herrmann, Leipzig. Hochverraat. Auftrag von 1872, Volk-Beitrag sowie sämtliche in der Buchausgabe der „Volkstimme“ erschienenen Schriften mir jederzeit gern entgegen. August Kassner Kl. Klosterstraße 15/16, 3 Treppen

Die Förderer der Umsturzvorlage.

Welche sozialpolitischen Aussichten die neue Tabakfabriksteuer-Vorlage eröffnet, ist in diesen Blättern schon eingehend nachgewiesen worden. Die Begründung, die dem Entwurfe beigegeben ist, enthält auch Angaben über die Zahl der in der deutschen Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter. Zwar ist die amtliche Erhebung, die zu Nutz und Frommen der Steuerpläne angestellt ist, lückenhaft geblieben, doch die gewonnenen Ziffern reichen aus, um die Wichtigkeit der Vorlage ins rechte Licht zu rücken.

Nach den Ermittlungen der Regierung beträgt die Gesamtzahl der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter etwas mehr als 100 000, diejenige der Hausarbeiter etwas mehr als 20 000. Der weitaus größte Teil der Arbeiter gehört der Cigarrenfabrikation an. Von den Arbeitern ist erheblich mehr als die Hälfte weiblichen Geschlechts. In der Cigarrenfabrikation sind männliche Arbeiter nur in sehr geringer Zahl beschäftigt, in der Cigarrenfabrikation überwiegt das weibliche, in den übrigen Fabrikationszweigen (Rauch-, Haus-, Schnupftabak) das männliche Geschlecht. Beinahe der sechste Teil sämtlicher Arbeiter besteht aus jugendlichen Arbeitern von 14—16 Jahren; auch unter den jugendlichen Arbeitern überwiegt das weibliche Geschlecht. In der Hausindustrie sind die beiden Geschlechter annähernd gleich vertreten; das weibliche Geschlecht herrscht vor im Fabrikbetriebe. In der Hausindustrie sind verhältnismäßig weniger jugendliche Arbeiter beschäftigt; unter ihnen überwiegt das männliche Geschlecht.

Den Steuerfindern genügt der bisherige Ertrag der Tabaksteuer in Höhe von 56 Millionen (2/3 Zollerträge, 1/3 Inlandssteuer) nicht; der raffgierige Militarismus spornet sie zu stärkeren Anstrengungen. So fordern die Posadowsky-Miquel eine Steigerung des Steuerertrages um „etwa 32 Millionen Mark“ (S. 17 des Entwurfs).

Das Wohl und Wehe von 120 000 Arbeitern steht auf dem Spiel. Es handelt sich um ausgiebig ausgeübte, schlecht entlohnte, zu langer Arbeitspein verurteilte Arbeitskräfte. Zum größten Teil um weibliche Arbeiter, das heißt um solche Elemente, die kraft der heutigen Wirtschaftszustände von vornherein ungünstiger gestellt sind, als die Männer. Das Kapital heutet die Weiberarbeit aus, weil die Weiber billiger und williger, weil sie zumeist noch nicht organisiert, nicht klassenbewußt sind. Hierzu kommt, daß die Tabakindustrie für Zehntausende, die zu anderer gewerblicher Arbeit unfähig sind, die letzte Zufluchtsstätte bietet, daß Krüppel, Schwächlinge, Halbvaliden hier ihr Unterkommen gefunden haben.

Wenn die neue Vorlage Gesetz wird, wenn Zehntausende fleißiger Hände ruhen müssen, wohin sollen sich die Freigesetzten flüchten? In den meisten Erwerbszweigen die schleichende Krisis, Mangel an Beschäftigung, schlimme Schwankungen des Marktes, Wachstums der überschüssigen Arbeitskräfte. Für wie viele Gewerbe aber sind, immer vorausgesetzt, daß überhaupt genügende Gelegenheit zum Schaffen vorhanden ist, die Tabakarbeiter, deren Eigenart soeben gekennzeichnet wurde, zu brauchen? Die Tabakarbeiterinnen, denen die Finanzkunst des Klassenstaats das Brot entreißt, fliegen auf die Gasse. Und ihr Los? **Erwerbslosigkeit, Elend und Untergang.** Wissen die Verkünder der christlichen Moral denn nicht, daß die bittere Not zahlreicher Proletarierinnen unweigerlich der **Prostitution** zutreibt? Was wird die Tabakfabriksteuer bewirken? Aufs Pflaster geschleudert, gegenüber dem Nichts, sehen die unseligen Wesen sich der Verzweiflung preisgegeben, und die Preisgabe, der Weg auf die Gasse, wird letzter, verhängnisvoller Ausweg.

Um etwa 32 Millionen für den Sädel der Heeresverwaltung zu ergattern, öffnet das praktische Christentum der preußisch-deutschen Staatsweisen einer großen Anzahl braver, rühriger Menschen die Thüre zum **Asyl für Obdachlose**, dann zum **Arbeitshaus**, zum **Freundenhaus** und zum **Zuchthaus**.

Die sittlichen und wirtschaftlichen Zustände zahlloser Staatsbürger werden mitleidslos umgewälzt, der Ruin ist das Schicksal ehrlicher Arbeiter, und die diesen Umsturz des Bestehenden rücksichtslos erstreben, sind zugleich die Förderer der Umsturzvorlage. Verkehrte Welt!

Parlamentarische Nachrichten.

Die Revolution naht! Herr! Der vielbesprochene Herr Benzmann von der Freisinnigen Volkspartei glaubt, die **Revolution** stände bevor und da sei es notwendig, dieselbe zu unterdrücken oder möglichst weit hinauszuschieben. Wenn solche wahnsinnigen Ideen sich bereits in dem Kopfe eines Freisinnigen Volksparteilers einnisten, dann wundert uns die Haltung derer um Köhler gar nicht mehr. Daß wir bereits mitten in der Revolution leben, die Revolution auf allen Gebieten bereits verheerend wirkt, daß das Ende dieser Revolution nicht abzusehen ist, nicht abgesehen werden kann, das alles scheint den Benzmannianern ein — böhmisches Dorf! zu sein. Oder will man Kinder schrecken mit dem Geschrei: Die Revolution naht?

In der **Justizkommission** des Reichstages, welche die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozessordnung zu beraten hat, hat Abg. Schröder (fr. Bg.) folgenden Zusatz zu § 7 des Preßgesetzes beantragt: „bei den durch die Presse begangenen Straftaten gilt als

Ort der Verübung ausschließlich derjenige Ort, an welchem die betreffende Druckschrift zuerst zur Ausgabe gelangt ist.“ — Zur Verhandlung standen die Paragraphen über die Kompetenz der Strafkammern und Schwurgerichte. Zu längerer Debatte gab besonders ein Antrag v. Bollmar und Genossen (Soz.) Anlaß, den § 80 des Gerichtsverfassungsgesetzes folgenden Absatz anzufügen: „Die Schwurgerichte sind weiter zuständig für alle durch die Presse begangenen Vergehen und Verbrechen, mit Ausnahme des Vergehens der Beleidigung, insoweit die Verfolgung im Wege der Privatklage geschieht.“ Die Abgg. Benzmann, Mundel, Beckh (fr. Bp.) und Schmidt (Warburg, Centr.) sprachen für den Antrag, während die Abgg. v. Buchta, Homburg (kons.) und Schröder (fr. Vereinig.) ihn bekämpften. Staatssekretär Nieberding erklärte, daß die Regierung dem Antrage keinesfalls zustimmen würde. Zu einer Abstimmung kam es heute noch nicht.

Die **Geschäftsordnungs-Kommission** des Reichstags beriet die Anträge auf Verstärkung der Disziplinargewalt des Präsidenten. Das Resultat der langen Debatte war, daß alle Anträge mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurden. Mündlichen Bericht ans Plenum wird Abg. Träger erstatten.

Dem Reichstage ist der Gesetzentwurf, betreffend die **Abänderung des Gesetzes über die Kosten und Gebühren bei den Konsulaten** zugegangen.

Im **Elb-Lothring'schen Landesausschuß** berührte am 5. d. M. der Abg. Petri im Verlauf der Generaldebatte die Verhandlungen im Reichstage über den sog. Diktaturparagraphen und desavouierte die dort vom Abg. Preiß (Köln) gegebenen Ausführungen. In 24 Jahren, führte der Redner aus, haben sich die Verhältnisse zufriedenstellend entwickelt, doch beschränkte er die Abschaffung des Paragraphen, der die Bevölkerung heunruhige. Spieß (Schlettstadt) stimmte dem Vorredner bei. Staatssekretär v. Puttkamer begründete die Notwendigkeit der Beibehaltung des Paragraphen, um die Bevölkerung gegen auswärtige Agitation zu schützen.

Der Sozialdemokrat stets voran! Das Grubenunglück in Moncaules-Mines wurde gestern auch in der französischen Kammer besprochen. Der Sozialist Dejeante beantragte eine Enquete, um die Ursachen des Unglücks zu untersuchen. Er betonte, daß die Grubenverwaltungen keine Vorkehrungen gegen die Unfälle treffen, obgleich die Technik bereits über brauchbare und bewährte Mittel verfüge. Die Sucht nach hohen Dividenden erstickte jedes Mitgefühl zu den armen Bergleuten. Selbstverständlich lärmte ob dieser Anschuldigung die Rechte, und so mancher Grubenpasha schloß sich getroffen. Doch den Genossen Dejeante störte der Lärm nicht — ruhig aber scharf zerpflückte er das „Humanitätsgefühl“ der Industrieller und erzielte schließlich die Zusage seitens der Regierung, daß sie eine Untersuchung über den Unfall anstellen und etwaige Nachlässigkeiten bestrafen will. Alle Enqueten dieser Art werden hinfirt publiziert werden — ja, ohne die Sozialdemokratie keine Sozialreform. Dieses Bismarcksche Rezept bleibt noch heute beachtenswert.

Der Sozialdemokrat voran! Aus Brüssel wird geschrieben: Enthüllungen des Abgeordneten Ansele über die Benachteiligung der Arbeiter von Seiten der Arbeitgeber durch Uebervorteilung beim Abwägen und Abmessen der Ware hat die Wirkung erzielt, daß der Justizminister gestern der Kammer einen Gesetzentwurf einbrachte, der bestimmt ist, diese Benachteiligung strafrechtlich zu verfolgen und die Arbeiter in den Stand zu setzen, sich dagegen zu wehren. Der Entwurf wurde für dringlich erklärt und an einen besonderen Ausschuß verwiesen. Damit hat der Minister und mit ihm die Regierungspartei am schlagendsten die Vorwürfe widerlegt, die sie dem Abg. Ansele wegen seines Auftretens gemacht hatten. Die Angaben Anseles entsprechen eben der Wahrheit, und darauf allein kommt es an. In dem Artikel: „Beschimpfung sozialistischer Volksvertreter“ (Nr. 28) haben wir die maßlosen Angriffe gegen Ansele besprochen. Die Unternehmerlippe schäumt vor Wut — und die Sozialdemokraten stehen lächelnd zur Seite.

Im **belgischen Abgeordnetenhause** ist nunmehr der angekündigte Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Ergänzung des Strafgesetzes bezüglich des Betruges zwischen Arbeitgebern und Arbeitern eine Ergänzung des Gewerbegesetzes vom 18. August 1887 einführt. Der Gesetzentwurf bestimmt nämlich, daß jedenfalls und ohne Rücksicht auf etwa widersprechende Abkommen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter letzteren stets das Recht zusteht, ihre Arbeitsmenge zu messen, zu wägen oder auf irgend eine andere Weise festzustellen. Wer sich dagegen verweigert, erhält eine Geldstrafe bis zu 2000 Franken. Ferner wird mit Gefängnis von 8 Tagen bis einem Jahre und mit einer Geldbuße von 25 bis 1000 Franken bestraft diejenige Partei, welche die andere bei Feststellung der Arbeit getäuscht oder den Versuch gemacht hat, eine Täuschung herbeizuführen. Die Anschuldigungen des Sozialisten Ansele gegen die Gentner Wehereien haben jonach gewirkt.

Partei-Nachrichten.

Herr Dr. Müdt ist auf einer am Sonntag stattgehabten Delegiertenkonferenz des 12. badischen Reichstagswahlkreises, auf der aus dem ganzen großen 105 Orte umfassenden Bezirk etwa 9 Orte durch 11 Delegierte vertreten waren, mit 9 von 11 Stimmen zum Kandidaten für den 12. badischen Wahlkreis „ernannt“ worden. **Zammervolle Komit.**

Dr. Müdt. Trotz den scharfen Erklärungen der Parteigenossen aller größeren Orte Deutschlands (mit Ausnahme einiger Badenler) gegen den Wiedereintritt des Herrn Dr. Müdt in die Partei, naht er sich dreist und gottesfürchtig derselben und glaubt, die Partei sei ein Taubenschlag, aus dem beliebig ausgeflogen und in den beliebig eingeflogen werden kann. Wenn unsere Heidelberger Genossen so unvernünftig sind, dem Streber Müdt die Wege zu ebnen, so wird der nächste Parteitag diesen Genossen den Kopf zu waschen haben. Das Gebahren der genannten Genossen ist mit der Würde unserer Partei unvereinbar. Nur Spott und Hohn erntet unsere Partei durch dieses taktlose Verhalten.

Parteipresse. Die Budapester Volksstimme soll bekanntlich zu einem täglich erscheinenden Blatte gemacht werden. Am 24. Februar findet bereits die konstituierende Generalversammlung statt. Die Aktien, die in der Höhe von 10 Gulden ausgegeben werden, können schon jetzt in Raten von wöchentlich 50 Kreuzer angezahlt werden.

Bestrafungen, Verfolgungen etc.

Unser früherer Redakteur Curt Richter wurde, wie bekannt, auch wegen **Beschimpfung der christlichen Kirche** vom hiesigen Landgericht verurteilt. Er hatte den Bau einer Kirche mit einem Worte bezeichnet, das nach Ansicht des Landgerichts den § 116 verletzete. Richter legte Revision ein und das Reichsgericht verwarf dieselbe. Da die Begründung der Verwerfung von allgemeiner Bedeutung und wichtig ist, geben wir sie hier wieder. Sie lautet: Der Angeklagte rechtfertigt die von ihm eingelegte Revision damit, daß der inkriminierte Artikel sich auf die in Berlin im Bau befindlichen Kirchengebäude beziehe; von einer Beschimpfung solcher spreche § 166 des Strafgesetzbuchs nicht; dieser handle nicht von äußerlichen Dingen, wie Baulichkeiten, sondern nur von der innerlichen geistigen Einrichtung der Lehre und der Glaubensübung. Neuhärfen Falles könnten nur fertige, geweihte Kirchen gemeint sein, nicht erst im Bau befindliche. Es ist der Revision zuzugeben, daß gegen Beschimpfung durch § 166 des Strafgesetzbuchs nicht die Kirchengebäude geschützt sind, sondern die Gemeinschaft der christlichen Glauben Angehörigen. Allein eben deshalb kann auch der inkriminierte Artikel, wenn er von Verdummungs-Anstalten spricht, nicht die Kirchengebäude gemeint haben, wenn er auch an dem Bau solcher anknüpft, denn die Gebäude können nie mit Anstalten identifiziert werden. So versteht aber auch das angefochtene Urteil den inkriminierten Artikel nicht. Die Kirchen sind auch Stätten der Religionsübungen und der christlichen Lehre. Im Bau begriffene Kirchen sind künftige Stätten der Bethätigung christlichen Lebens in beiden Richtungen. Die Veranstaltung von Religionsübungen und von Unterricht in den christlichen Glaubenssätzen kann als eine Anstalt bezeichnet werden und wurde nach der Feststellung des Urteils als Verdummungsanstalt im inkriminierten Artikel bezeichnet, daß eine solche Bezeichnung eine Beschimpfung ist und durch ihre Lehren und ihren Gottesdienst direkt die christlichen, nach den Feststellungen des Urteils, die evangelische und die katholische Kirche trifft, kann nicht bestritten werden. Der Bau von Kirchen bot nur den Uebergang, um das, was in den Kirchen geschieht, als Verdummungsanstalt zu bezeichnen. Die Verantwortlichkeit des Angeklagten hierfür ist nicht angefochten. Es war daher die Revision zu verwerfen.

Am Montag beschäftigte sich das Reichsgericht mit dem **Prozeß Sarbaum und Vater** aus Magdeburg wegen Beschimpfung einer Einrichtung der christlichen Kirche. Dieses Vergehen sollten sie begangen haben durch den Vertrieb des Sozialdemokratischen Katechismus, welcher in seinem Teile „Die 10 Gebote des Kapitalismus“ nach Ansicht des Magdeburger Landgerichts sein soll. Das Landgericht sprach seinerzeit die Angeklagten von der Beschuldigung des Vergehens gegen § 166 frei, weil sie von dem Inhalte der Schrift keine Kenntnis hatten. Jedoch wurde auf Unbrauchbarmachung der inkriminierten Stellen des Katechismus erkannt. Auf die Revision der Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil, soweit es auf Unbrauchbarmachung erkennt, auf und verweist die Sache in die Vorinstanz zurück. Das Reichsgericht nahm an, daß es unzulässig sei, die 10 Gebote ohne weiteres als einen Gebrauch der christlichen Kirchen anzusehen.

Und sie bewegt sich doch. Im Königreich Sachsen sind nach einer (wenn auch sehr ungenauen) Zusammenstellung im Jahre 1894 insgesamt drei Vereine (zwei politische und ein Turnverein) verboten, sechzig Vereine (vierzehn politische, zwanzig Gewerkschaften, siebenundzwanzig Gesangs- und neun Turnvereine) aufgelöst, einundneunzig Versammlungen verboten und achtundzwanzig aufgelöst, achtzehn Ausweisungen, siebenzehn Hausdurchsuchungen vorgenommen und dreiundvierzig Festveranstaltungen verboten. Erkannt wurde insgesamt auf 16 Jahre 5 Monate 12 Tage Gefängnis, 12 Jahre 17 Tage Haft und 22 697 95 Mark Geldstrafe. Und angesichts dieser Thatfache verlangt die Reaktion, daß Ausnahmebestimmungen in das gemeine Recht aufgenommen werden.

Unter Schloß und Riegel. Zwei Jahre Gefängnis und 1250 Mark Geldstrafe wurden im Jahre 1894 gegen die Redakteure der beiden Zwickauer Arbeiterblätter, das Schächische Volksblatt und das Bergarbeiterorgan **Glück auf!** verhängt. Außerdem verbüßt der Redakteur des Schächischen Volksblattes, Genosse Krönig, seit März 1894 eine Gefängnisstrafe von 11 Monaten, die er Mitte

Februar abgefessen haben wird, und Genosse Gladewitz hatte im August eine einjährige Gefängnisstrafe im Landesgefängnis verbüßt. Seit Jahr und Tag sitzen ständig Redakteure der beiden Arbeiterblätter hinter Schloß und Kegel. Und da sollen die geltenden Gesetze nicht ausreichen? —

Der Tanz beginnt. In dem „Briefe aus Amerika“, welcher zur Beschlagnahme der Fränkischen Tagespost führte, hieß es hinsichtlich: „Canada hat auch den Anfang mit einer „Judenhege“ gemacht; besonders die katholisch-französischen Blätter zeichnen sich dabei aus, und in einem derselben hieß es: „Vaterlandslose Juden beginnen, nachdem sie fast aus allen anderen Ländern vertrieben sind, hier ihr Werk des Raubes, Betruges und der sozialen Desorganisation.“

Daran hatte dann der Berichtstatter eine Bemerkung über „katholische und andere Pfaffen“ geknüpft, in welcher die Staatsanwaltschaft das qu. Vergehen zu erblicken glaubt. —

Gegen unseren belgischen Genossen Defuisseux wird sofort nach der Parlaments-Session die Strafverfolgung wegen seiner Beteiligung an dem Skomplot von 1890 wieder aufgenommen werden. Er ist davon benachrichtigt worden und hat bereits eine gerichtliche Vorladung für Ende Juli vor das Hennegauer Schwurgericht erhalten. Die Vorladung bezieht sich auf seine vorherige Verurteilung in contumaciam zu 15 Jahren Gefängnis. Defuisseux war nämlich nach Frankreich geflüchtet. Als er nach seiner Erwählung ins Abgeordnetenhaus wieder heimkehrte, wurde er sofort verhaftet, jedoch wieder durch Beschluß der Kammer freigelassen. Der ganze Prozeß wird daher wieder von Neuem anzufangen sein. —

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Schwurgericht.) Der Schlossergeselle B. W. zu Budaun, geb. 1849, evangelisch, unbestraft, ist wegen Münzverbrechen angeklagt. Die Verhandlung wurde in nichtöffentlicher Sitzung geführt. W. hat geständig mit zwei abgeurteilten Genossen im Sommer 1894 falsche Ein- und Zweimarkstücke aus Zinn angefertigt und einen Teil davon in den Verkehr gebracht. Den Erlös teilten sich die Falschmünzer. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage und bewilligten mildernde Umstände. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. —

Wegen wissentlichen Meineides wurde in nichtöffentlicher Sitzung der Malermeister C. W. hier selbst zu 2 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und dauernder Unfähigkeit, als Zeuge und Sachverständiger eidlich vernommen zu werden, verurteilt. —

Wegen wissentlicher falscher Anschuldigung, wissentlichen Meineides und Anstiftung dazu sind angeklagt: die verehelichte Arbeiterin J. Anna geb. G., geboren 1846, evangelisch unbestraft, der Zimmermann A. H., geb. 1873, evangelisch, unbestraft, der Arbeiter G. H., geboren 1878, evangelisch, wegen mehrfacher Diebstähle mit einem Jahr und wegen Bedrohung mit 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Sämtlich sind aus Groß-Altenleben. Nach längerer Verhandlung wurde der Termin verlegt. —

Am 6. Febr. hatten sich wegen gefährlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgange, Anstiftung dazu und Bedrohung zu verantworten: 1. die verehelichte Arbeiterin Seevogel, Marianne geborene Wisniewska, geboren 1849, katholisch und bereits wegen Mißhandlung ihres Stiefsohnes im Jahre 1889 mit 4 Monaten Gefängnis vorbestraft; 2. der Arbeiter Heinrich Seevogel, geboren 1853, evang., bereits wegen Mißhandlung seines Sohnes 1889 mit 6 Monaten Gefängnis und ferner 1893 wegen gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung eines Hausgenossen mit 2 Monaten und 3 Tagen Gefängnis verurteilt, aus Dorf Alvensleben. Die Ehefrau Seevogel wird beschuldigt, ihre im Alter von 10 Jahren verstorbenen Stieftochter Luise Seevogel in den Jahren 1892 bis 1894 in einer das Leben gefährdenden Behandlung häufig mit einem Holznippel, einem Kanuschuh, einem zusammengelegten nassen Strick und einem starken Rohrstiel geschlagen und gegen den Leib getreten zu haben, so daß schließlich infolge dieser Mißhandlungen der Tod eintrat. Die Angeklagte soll ferner ihre Stiefsochter öfter mit Todschlag bedroht haben, indem sie bei den Mißhandlungen anrief: „Ach, Du sollst noch vor meinen Augen freudieren!“ Dem Ehemann Seevogel wird zur Last gelegt, seine Ehefrau zu den Mißhandlungen des Kindes vorzüglich bestimmt zu haben, indem er ihr zurief: „Junger Jesse und wenn die Rippen krachen, hüngen soll sie!“ und ferner seine Tochter selbst mit einem nassen Strick gemißhandelt zu haben. Frau Seevogel will ganz unschuldig und mit ihrer Stieftochter sehr zufrieden gewesen sein. Sie giebt an, sie habe das Kind nur selten und nur dann gehalten, wenn es gelogen oder gehöhelt hätte. Einen Strick habe sie nicht benutzt, einmal einen Kanuschuh und ein- oder zweimal einen Rohrstiel. Sie habe auch das Kind nie getreten oder bedroht. Wenn ihr Mann gerufen habe: „Junger Jesse!“ so habe sie sich dadurch nicht bestimmen lassen, weiter zu schlagen. Das Kind sei, als es krank lag, aus dem Bette und kurz vorher von einer Gartenmauer, einmal auch von einem Baum gefallen. Ein anderes Mal habe es gelegen, es sei von jemand geschlagen. Der Ehemann S. behauptet, sein Sohn und seine Tochter hätten sich oft Tage lang ununterbrochen, er habe sie nicht mehr schlagen wollen, weil er deswegen schon einmal Strafe erlitten habe, und seine Frau beantragt, die Tochter zu züchtigen, wenn sie es verdient habe. Einige Zeugen bestätigen zwar, daß die Verstorbene öfter lägerhaft und ängstlich gewesen sei, es ist ihnen aber so vorgekommen, als wenn sie schlief, um der Stiefmutter zu Willen zu sein. Dagegen stellt die umfangreiche Beweisaufnahme fest, daß das Kind fast täglich in unermesslicher Weise mit den oben erwähnten Werkzeugen gemißhandelt worden ist und durch ihr

Jammergeschrei das Mittel der Hausgenossen erregt hat. Auch die Bedrohung wird von den Zeugen bekräftigt. Frau S. hat zu der erkrankten Stieftochter am 16. Juli 1894 einen Arzt geholt. Nach seinem Befunde siebte sie, Knie- und Hüftgelenk, sowie die Leistenengegend waren geschwollen. Da sich der Zustand verschlimmerte, ordnete der behandelnde Arzt, nachdem er drei oder vier Besuche gemacht hatte, die Ueberführung in das hiesige Krankenhaus an. Blaue Flecke, wie sie dort die Wärterin gesehen hat, will der Arzt am Körper des Kindes nicht beobachtet haben. Ein zweiter von Frau S. telegraphisch berufener Arzt erklärte gleichfalls die schlechte Ueberführung der Stieftochter in das Krankenhaus für geboten, obgleich es ihm schien, als wenn die Angeklagte dies nicht gern sah. Der behandelnde Arzt im Krankenhaus fand das Kind dort am 24. Juli schwer krank vor und stellte seine Diagnose auf Eiterung im Becken. Am 25. Juli erfolgte eine Operation, im Becken wurde aber nur eine trübe Flüssigkeit vorgefunden. Am folgenden Tage steigerte sich das Fieber und das Kind verstarb. Der Medizinalrat Dr. Boehm hat die Obduktion geleitet und begutachtet, daß der Tod des Kindes durch eine eitrige Bauchfellentzündung herbeigeführt ist. Der Sachverständige hält Treten mit den Füßen oder irgend eine andere Mißhandlung durch Stoß oder Schlag als die Ursache der Erkrankung. Ausgeschlossen sei allerdings nicht, wenn die Möglichkeit angenommen werde, die Verstorbene sei kurz vor ihrer Erkrankung von einer Gartenmauer gefallen, daß die Krankheit dadurch entstanden sei. Abgesehen von den Fußtritten seien die sonstigen Mißhandlungen auch geeignet gewesen, das Leben des Kindes zu gefährden. Der bei der Obduktion zugezogen gewesene Arzt schließt sich im Wesentlichen dem vorstehenden Gutachten an. Dagegen hält ein anderer Sachverständiger die Mißhandlungen mit den vorliegenden Werkzeugen nicht für geeignet, das Leben des Kindes zu gefährden. Eine geringfügige Mißhandlung oder jede kleine Verletzung sei im Stande gewesen, den Krankheits-Zustand herbeizuführen. Nach den Aussagen von Zeugen war das Kind schlecht genährt, erbärmlich gekleidet und hatte Ungeziefer, als es nach dem Krankenhause kam. Der Ehemann Seevogel war ein fleißiger Arbeiter, aber auch ein Trinker. Als er vor sieben Jahren seine jetzige Ehefrau heiratete, brach für die beiden Kinder aus erster Ehe eine wahre Leidenszeit an. Im ganzen Dorfe war es in den letzten Jahren bekannt, daß sie ihre Stieftochter in der rohesten Weise mißhandelte. Nach der vorgeschriebenen Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden bejahten die Geschworenen gegen die Ehefrau Seevogel nur gefährliche Körperverletzung und Bedrohung, gegen den Ehemann Seevogel nur gefährliche Körperverletzung. Mildernde Umstände wurden verneint. Demgemäß lautete das Urteil gegen die Ehefrau Seevogel auf 1 Jahre 1 Monat Gefängnis, gegen den Ehemann Seevogel auf 3 Jahre Gefängnis, unter Anrechnung von je 3 Monaten Untersuchungshaft. —

§ Magdeburg-Neustadt. (Schöffengericht.) Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz stand gestern der Inhaber des Lokales „Weißer Hirs“, Neue Neustadt, vor dem Schöffengericht. In seinem Lokale fanden die Fejersabende der Neustädter Frauenlesestunde statt, deren einer als Versammlung betrachtet und aufgelöst wurde. Der Angeklagte bestritt entschieden, gewußt zu haben, daß in seinem Lokale eine öffentliche Versammlung getagt habe. Die Zusammenkünfte haben regelmäßig und lange Zeit ohne Beachtung stattgefunden und er hat sie nie als öffentliche Versammlungen betrachtet können. (Der Wirt eines Saales kann ja überhaupt nicht wissen, ob die Versammlung angemeldet worden ist oder nicht.) Die Verhandlung wurde jedoch vertagt, da die Zeugin Schmidt und der Zeuge Kommissar Weinert nicht erschienen waren. Die Genossin Schmidt und der Kommissar Weinert wurden wegen ihres Nichterscheinens zu je 10 Mk. Geldstrafe eventuell 2 Tage Haft verurteilt. —

Die Sittlinge müssen sich immer genieren, Wenn einer recht herzlich von Liebe spricht; Sie denken halt immer aus — Amüßieren, An des Käjels Heiligkeit denken sie nicht.

Zeichen der Zeit.

Wie unsere Gesellschaft den „Umsprung“ fördert. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht aus der Hauptstadt des Reiches der Sozialreform und der Knedelparagraffen von irgend einem unglücklichen Menschenkind berichtet werden müßte, das der Kälte und dem Hunger zum Opfer gefallen ist. So wird jetzt berichtet, daß am Samstagabend gegen 8 Uhr der Arbeiter Brodmann auf dem unbekanntem Grundstück Heimickendorferstraße 31 einen nicht benutzten Schuppen betrat und dort den toten Körper eines Mannes auffand. Brodmann glaubte in dem Leichnam ein Arbeiter Adolf Kunze zu erkennen, der anscheinend in dem Schuppen hat schlafen wollen und dabei erstickt ist! Durch jedes ihrer unglücklichen Opfer fördert die Gesellschaft den „Umsprung“ mehr als ein Dutzend Paragraffen wieder gut machen könnten, selbst wenn es Paragraffen wären, die nicht, wie die Umsprungvorlage, von der unzulänglichen Angst hilfloser und sehr ungeschickter Paragraffen eingegeben wären. —

Herzine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Naturheilverein Alte Neustadt. Am Montag, den 4. Febr., tagte abends 8 Uhr im Vereinslokal bei Hofmann eine Mitglieder-Versammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Vorsitzenden, 2. Jahresrechnung, 3. Entschuldigungen, 4. Beschlüsse. Demnach wurde die Tagesordnung abgelesen und nachher der Vorsitzende die nächste Sitzung, das am Montag 2. März, durch den Tod von uns getrieben ist. Am 1. Febr. der Tagesordnung wurde beschloffen, die Wahlen in der nächsten Mitgliederversammlung zu beschließen und einen Antrag bezüglich des Tages zu stellen. Der 2. Febr. der Tagesordnung wurde wegen der hohen Zahl der Teilnehmer beschlossen, ein allgemeines Fest in der Vereinslokal am Freitag den 2. Febr. der Tagesordnung der Sonntag aus dem zweiten Febr.

des Naturarztes: „Zur Behandlung der Tuberkulose“, verlesen. An diesem Punkte fand eine interessante Debatte, an welcher sich fast sämtliche Mitglieder beteiligten. Nachdem die Debatte beendet, wurde der Vorstand beauftragt, in der am 18. Februar stattfindenden Mitgliederversammlung eine ähnliche Besetzung aus dem Vize vorzunehmen zu wollen und diese durch ein kleines Inserat in der Volksstimme bekannt zu geben. (R.)

Bericht

Arbeitsnachweis-Büreaus der Gewerkschaften Magdeburgs pro 4. Quartal 1894

Table with columns: Es suchten Arbeit, and rows for various professions like Arbeiterinnen, Aufwärterinnen, Dienstmädchen, etc., with monthly and quarterly statistics.

Arbeitslos meldeten sich laut obiger Aufstellung 1204 Personen mit einer Kinderzahl von 362. Die ersteren waren 4733 Wochen arbeitslos. Von den sich als arbeitslos gemeldeten Personen standen im Alter

Small table showing age distribution of unemployed persons: von 21 bis 30: 442; 31 bis 40: 259; 41 bis 50: 102; 51 bis 60: 21; 61 bis 70: 3.

Verlangt wurden 304 Arbeiter aller Branchen, hiervon wurden besetzt 240 Stellen, offen blieben, da die geeigneten Kräfte fehlten, 64 Stellen.

An Reiseunterstützung wurden von den Gewerkschaften gezahlt: Metallarbeiter Mk. 253.70, Holzarbeiterverband Mk. 132.12, Schneiderverband Mk. 49.20, Buchbinder Mk. 22.80, Sattler Mk. 14.80, Schuhmacher Mk. 14.70, Schmiebe Mk. 6.00.

In Klage- und Auskunftsangelegenheiten wurden 175 Sachen erledigt, und zwar wurden 108 Klagen und Gesuche ausgefertigt, in 67 Fällen wurde Auskunft erteilt. Die Auskunftserteilung hat einen großen Umfang angenommen, der seine Ursache in der unentgeltlichen Erteilung derselben zu finden hat. Bedauerlich ist noch die Zurückhaltung einiger Gewerke. Gerade die organisierten Arbeiter müßten doch erkennen, welche Bedeutung und Wert ein solcher Arbeitsnachweis für die Organisationen hat, wenn alle Verbände sich demselben anschließen würden. Noch ein besonderer Grund könnte angeführt werden, um die fernstehenden Organisationen zur Annäherung zu bestimmen. Bekannt ist, daß der hiesige Magistrat auch die Errichtung eines Arbeitsnachweises plante, diesen jedoch nur für nichtgelernte Arbeiter errichten will. Was hat so ein Institut für die Majorität unserer Arbeiterbevölkerung für einen Wert? Keinen! Die gewerblichen Arbeiter haben an einem solchen Arbeitsnachweis kein Interesse und sind somit auf sich selber angewiesen. Um eine möglichst große Einheitslichkeit, Einfachheit und Billigkeit in Sachen des Arbeitsnachweises herzustellen, ist die Annahme aller Gewerke unbedingt nötig.